Gemeindeversammlung

Protokoll vom 10. Dezember 2021 / Wortprotokoll

Ort Turnhalle Steg, Pfäffikon

Beginn 19:30 Uhr

Ende 22:30 Uhr

Vorsitz Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Protokoll Albert Steinegger, Gemeindeschreiber

**Versammlungs-
Teilnehmer** ca. 110 Personen

Gemeindepräsident Daniel Landolt

Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich eröffne die Gemeindeversammlung und heisse Sie in der Turnhalle Steg herzlich willkommen.

Wir führen diese Versammlung unter Einhaltung eines Schutzkonzepts durch. Das haben Sie bereits beim Einlass bemerkt. Wir bitten alle Anwesenden während der Gemeindeversammlung auf ihren Plätzen sitzen zu bleiben und die Sektoren nicht zu vermischen. Ausserdem herrscht während der ganzen Versammlung Schutzmaskenpflicht. Einzig die Person, welche spricht, darf die Maske während des Sprechens ausziehen.

Ich bitte alle Rednerinnen und Redner an dieser Gemeindeversammlung vor dem Berühren des Rednerpults die Hände zu desinfizieren. Desinfektionsmittel steht bereit.

Ich möchte zuerst die Mitglieder des Gemeinderates vorstellen:

- Vizepräsident Werner Schnellmann, RV Raum und Umwelt
- Säckelmeister Alain Homberger, RV Finanzen
- GR Hans Stauffacher, RV Tiefbau und Verkehr
- GR Ursula Solenthaler, RV Bildung
- GR Guido Cavelti, RV Liegenschaften und Sicherheit
- GR Monika Lienert, RV Gesellschaft
- GS Albert Steinegger

Mein Name ist Daniel Landolt. Ich bin der Gemeindepräsident.

Entschuldigen muss ich für die heutige Versammlung Philipp Mazenauer, RPK-Mitglied.

Ich möchte zuerst auf ein paar Themen eingehen, die den Gemeinderat seit der letzten Gemeindeversammlung im Juni besonders beschäftigt haben.

Corona:

Corona beschäftigt uns natürlich weiterhin. Besonders betroffen sind nach wie vor einerseits die Schule, andererseits aber auch die Pflegezentren. Die Verantwortlichen der Schule und der Pflegezentren versuchen weiterhin mit möglichst milden Massnahmen unsere Kinder und Betagten zu schützen. Das ist nicht einfach und erfordert von allen Beteiligten grosse Flexibilität. Ich danke allen Mitarbeitenden der Gemeinde Freienbach in allen Bereichen für ihr grosses Engagement zur möglichst weitgehenden Aufrechterhaltung eines normalen Betriebs in der Schule, den Pflegezentren und der übrigen Gemeindeverwaltung.

Ich wurde im Hinblick auf diese Gemeindeversammlung auch mehrfach gefragt, warum wir die Versammlung nicht unter 3 oder sogar 2G-Regeln abhalten. Die Antwort ist einfach: Weil es dafür keine gesetzliche Grundlage gibt. Jede Person hat das Recht, an der Gemeindeversammlung teilzunehmen. Mit oder ohne Zertifikat. Wir führen daher auch diese Gemeindeversammlung einmal mehr mit dem Schutzkonzept durch, das sich bereits an vier Gemeindeversammlungen im August und Dezember 2020 und im April und Juni 2021 bewährt hat. Ich danke Ihnen für Ihr Verständnis.

Zubringer Halten:

Ich habe Sie an der letzten Gemeindeversammlung im Juni informiert, dass wir bis Ende Jahr die Machbarkeit der "Variante Initiative" vertiefen werden. Es geht dabei insbesondere um die Strassenführung vom Nordportal in der Schwerzi bis zum Kreisel Kantonsstrasse inkl. Führung Langsamverkehr und Erschliessung Industrie Schwerzi, um eine Optimierung des Tunnelgefälles und um eine Angleichung der Anschlussgeometrie zum Astra-Projekt auf der Südseite in der Halten. Parallel dazu hat der Kanton noch einmal die verkehrlichen Wirkungen der beiden Varianten in Bezug auf die ganze Region, insbesondere auch in Bezug auf die Wirkungen auf die Gemeinde Wollerau, geprüft.

Die Resultate der Machbarkeitsüberprüfung der "Variante Initiative" liegen in der Zwischenzeit vor. Die Ingenieure werden die Resultate nächste Woche dem Steuerungsausschuss Raumentwicklung präsentieren und im Januar 2022 den Kanton und die Initianten über die Resultate der Machbarkeitsprüfung informieren. Ich gehe davon aus, dass der Kanton dann auch die Resultate in Bezug auf die grossräumige verkehrliche Wirkung der beiden Varianten präsentieren wird und dass wir das weitere Vorgehen mit dem Kanton definieren. Wenn die Ampel sowohl in Bezug auf die Machbarkeit als auch in Bezug auf die verkehrliche Wirkung der "Variante Initiative" auf grün bleibt, wäre in einer zweiten Phase ein Vorprojekt für die "Variante Initiative" zu erstellen (Kostengenauigkeit +/-20% inkl. Betriebs- und Unterhaltskosten für 25 Jahre). Gleichzeitig wäre der Kanton aufzufordern, für die "Variante Kanton tief" ein vergleichbares Vorprojekt mit der gleichen Bearbeitungstiefe zu erstellen. Diese Vorprojektphase soll bis Ende 2022 abgeschlossen werden.

Wenn dann beide Vorprojekte vorliegen, soll der Kanton entscheiden, ob er bereit wäre, die "Variante Initiative" umzusetzen und gegebenenfalls zu welchen Bedingungen. Wenn diese Bedingungen bekannt sind, kann eine Abstimmung zur Frage erfolgen, ob die "Variante Initiative" zu

.....

diesen Bedingungen umgesetzt werden soll. Das (ambitiöse) Ziel ist immer noch, dass dieser Entscheid bis Ende 2023 gefällt werden kann.

Teilrevision Nutzungsplanung:

Der Gemeinderat hat die Mitwirkungseingaben zur Teilrevision Nutzungsplanung in den Bereichen Gewässerräume, Naturgefahren, Verkehrszonen und plangrafische Nachführung der bestehenden Nutzung an seiner letzten Sitzung zur Kenntnis genommen. Noch offen ist die Frage, wie Flächenveränderungen, die sich insbesondere im Rahmen der Neubeurteilung der Gewässerräume ergeben, in Bezug auf die Mehrwertabgabe zu behandeln sind. Diese Frage wird zurzeit durch den Kanton geklärt. Wenn diese Frage geklärt ist, wird in einem nächsten Schritt die öffentliche Auflage der Teilrevision erfolgen.

Senevita:

Am 9. Juli 2019 wurde die "Senevita-Initiative" als Pluralinitiative eingereicht. Die Initiative verlangt ein öffentliches Gutachten zu den Gesamtkosten, welche sich aufgrund der Leistungsvereinbarung mit der Senevita AG ergibt und zwar im Sinne einer Vollkostenrechnung auf 20 Jahre inkl. Kostenauswirkungen auf die Finanzierung der öffentlichen Pflegezentren und Alterswohnungen. Die Initiative wurde an der Abstimmung vom 27. September 2020 an der Urne angenommen. An der Gemeindeversammlung vom 25. Juni 2021 hat der Gemeinderat den Bürgern einen Verpflichtungskredit in Höhe von Fr. 160'000.- vorgelegt, um das von der Initiative verlangte Gutachten zu erstellen. Die Gemeindeversammlung hat damals eine Verschiebung des Geschäfts beschlossen, bis klar ist, ob die Leistungsvereinbarung zwischen der Senevita AG und der Gemeinde Freienbach vom 27. April 2017 bestehen bleibt. Am 22. November 2021 hat das Bundesgericht die Beschwerde der Senevita AG gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts, mit dem die Baubewilligung aufgehoben worden ist, abgewiesen. Die Senevita AG wird daher im Bäckerwisli unter den geltenden raumplanerischen Bedingungen nicht bauen können. Der Gemeinderat wird jetzt mit der Senevita das weitere Vorgehen besprechen. Dabei wird sich auch ergeben, ob die Leistungsvereinbarung bestehen bleibt oder nicht. Wenn dies klar ist, wird der Gemeinderat auch über das weitere Vorgehen in Zusammenhang mit der Senevita-Initiative entscheiden.

Dies waren ein paar Ausführungen zu aktuellen Themen.

Ich eröffne jetzt die offizielle Gemeindeversammlung.

Die Gemeindeversammlung ist öffentlich. Zur Diskussion und Beschlussfassung sind aber nur die Stimmberechtigten der Gemeinde Freienbach berechtigt. Ich bitte die Nicht-Stimmberechtigten im separaten Bereich hinten im Saal Platz zu nehmen.

Das Tonband läuft für das Protokoll mit.

Die Traktandenliste der heutigen Gemeindeversammlung ist auf Seite 3 der Botschaft veröffentlicht worden. Sie ist am 20. November 2021, also rechtzeitig, allen Haushaltungen zugestellt worden. Zusätzlich hat der Gemeinderat die Traktandenliste innert Frist publiziert. Damit ist die heutige Versammlung beschlussfähig.

Wird von jemandem das Verlesen der Traktandenliste verlangt oder gibt es Wortmeldungen oder Anträge zur Traktandenliste?

Das ist nicht der Fall. Wir werden daher heute gemäss der publizierten Traktandenliste beraten.

Wir kommen zum

Traktandum1. Wahl der Stimmzähler

Wir schlagen folgende vier Personen aus dem Abstimmungsbüro als Stimmzähler vor:

- Otto Feldmann, Sektor A, Galerie und Technik
- Andrea Fehr, Sektor D
- Felix Knuchel, Sektor C
- Manuela van der Meer, B und Bühne

Den Stimmzählern ist je ein Sektor zugeteilt worden.

Wird ein Gegenantrag zu den vorgeschlagenen Stimmzählern gestellt? Das ist nicht der Fall.

Ich erkläre die vorgenannten Personen als Stimmzähler gewählt.

Die Stimmzähler bilden zusammen mit dem Gemeindeschreiber und mir das Büro.

Wir kommen zum

Traktandum2. Genehmigung Nachkredite 2021

Ich gebe das Wort an den Säckelmeister Alain Homberger zu den Nachkrediten 2021.

Alain Homberger, Säckelmeister

Meine Damen und Herren

Sie haben die ausführliche Botschaft bekommen.

Ergänzende Erläuterungen, Zusammenfassungen und die Darstellung der mehrjährigen Ausgabenentwicklung mit Sicht auf die Zukunft werden das Schwergewicht meiner Ausführungen sein. Ich möchte Sie vorab wieder darauf aufmerksam machen, dass auch der Gemeinderat von Freienbach die Zukunft nicht kennt und darum sind insbesondere die prognostischen Aussagen über mehrere Jahre abnehmend verbindlich. Den Beweis zu dieser Feststellung bringe ich mit den Informationen zum laufenden Jahr.

Die Rechnung 2021 wird bedeutend besser als budgetiert abschliessen. Die geplanten Steuereinnahmen werden gemäss Botschaft um rund 22 Mio. Franken besser als geplant liegen, andererseits werden die Ausgaben voraussichtlich im Rahmen des Budgets ausfallen.

Statt der budgetierten Mehrausgaben 2021 von 1'786'000 Franken wird sich voraussichtlich ein Überschuss von mindestens 20 Mio. Franken ergeben. Dieser Überschuss kann für zusätzliche Abschreibungen verwendet werden.

Der Gemeinderat beantragt einen Nachkredit zu Lasten der Rechnung 2021 in der Höhe von 17'331'505 Franken. Damit wird das bestehende Verwaltungsvermögen abgeschrieben, was die Folgejahre nachhaltig um jeweils rund 700'000 Franken entlastet.

Ich werde anschliessend verschiedentlich von Verwaltungs- und Finanzvermögen sprechen. Das Verwaltungsvermögen wird für die Aufgabenerfüllung der Gemeinde benötigt. Das Finanzvermögen beinhaltet Werte, die nicht für die Erfüllung der Aufgaben verwendet wird, wie zum Beispiel unbebaute Liegenschaften.

Die Zusammenstellung zeigt, in welchen Globalbudgets die zusätzlichen Abschreibungen vorgenommen werden sollen. Um die erwähnten Beträge werden die Globalbudgets 2021 erhöht, damit die Abschreibungen vorgenommen werden können.

Der Gemeinderat beantragt auch zwei Nachkredite zu Lasten der Investitionsrechnung 2021:

Die Liegenschaft Halten soll 2022 saniert werden, damit sie als Asylunterkunft verwendet werden kann. Dies als Ersatz für die abgebrannte Unterkunft an der Seestrasse 107 in Bäch. Hierzu muss die Liegenschaft vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen übertragen werden. Der hierzu notwendige Betrag von 626'000 Franken wird als Nachkredit zu Lasten der Investitionsrechnung der Gemeindeversammlung beantragt.

An der Schöfflistrasse hat ein Landerwerb im Betrag von 241'000 Franken aufgrund von vorgezogenen Bauarbeiten bereits 2021 erfolgen müssen.

Alle Nachkredite sind Ausdruck nachhaltigen Denkens. Sowohl die zusätzlichen Abschreibungen als auch die Sicherstellung von Asylunterkünften entlastet die künftigen Rechnungen nachhaltig.

Darum beantragt der Gemeinderat, die Nachkredite zu Lasten der Rechnung 2021 gutzuheissen.

Ich gebe das Wort zur Behandlung der Anträge an unseren Gemeindepräsidenten zurück.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Sie haben die Ausführungen unseres Säckelmeisters zu den Nachkrediten 2021 gehört.

Sie finden die Zusammenstellung der Nachkredite zur laufenden Rechnung und zur Investitionsrechnung 2021 auf Seite 67 und Seite 68 der Botschaft. Den Antrag des Gemeinderats und den Antrag der RPK zu den Nachkrediten 2021 finden Sie auf Seite 68 der Botschaft.

Ich gebe das Wort jetzt an Norbert Knechtle, dem Präsidenten der RPK.

Norbert Knechtle, Präsident RPK

Guten Abend, geschätzte Bürgerinnen und Bürger

Die Rechnungsprüfungskommission beantragt die vorliegenden Nachkredite zu genehmigen.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank, Herr Präsident. Ich eröffne die Diskussion zu den Nachkrediten 2021. Das Wort ist frei.

Felix Steinbrunner

Ich habe eine Frage zum Asylheim. Weiss man, wieso es gebrannt hat? Sie bauen jetzt ein Bauernhaus in ein Asylheim um. Asylheime und Bauernhäuser brennen generell sehr leicht. Ist das die beste Lösung? Was machen Sie damit es brandgeschützt ist? Es ist ja sonst nicht nachhaltig. Können Sie mir gewisse Informationen dazu geben?

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank. Die Brandursache in Bäch kennen wir nicht. Es wurde nicht geklärt. Wir haben von der Polizei keine Rückmeldung erhalten. Wir wissen aber, dass der Bewohner beim Brandausbruch nicht im Haus war. Wir haben in der Gemeinde Freienbach verschiedenste Häuser - teilweise auch Holzhäuser für Asylbewerberinnen und Asylbewerber - und wir hatten bis jetzt in diesem Zusammenhang noch nie ein Problem. Selbstverständlich haben Sie Recht, an das muss man denken. Wir sind der Auffassung, dass sich dieses Haus im Halten eignet. Man kann mit einfachen Mitteln eine sehr gute Unterkunft für viele Leute schaffen. Es ist klar, dass wir dem Brandschutz die nötige Aufmerksamkeit schenken.

Wir stimmen ab. Wer die Nachkredite zur Erfolgsrechnung 2021 in Höhe von Fr. 17'331'505.- und zur Investitionsrechnung 2021 in Höhe von Fr. 867'000.- genehmigen möchte, möge dies durch Erheben der Hand bezeugen.

Gegenmehr?

Ich erachte das erste Mehr als klar grösser. Stimmenzähler, teilt ihr meine Auffassung?

Besten Dank. Sie haben damit die Nachkredite 2021 genehmigt.

Traktandum 3. Genehmigung des Voranschlages 2022 inklusive Leistungsaufträge und Festsetzung des Steuerfusses

Ich möchte Ihnen kurz erklären, wie das Traktandum 3 heute Abend ablaufen wird.

Zuerst wird Ihnen unser Säckelmeister, Alain Homberger, Ausführungen zum gesamten Budget inkl. Investitionsrechnung und Finanzplanung und zu den Leistungsaufträgen inkl. Globalbudgets machen. Sie finden in der Botschaft zu jedem Ressort auch einen ausführlichen Bericht.

Nach den Ausführungen des Säckelmeisters wird die RPK Bericht und Antrag erstatten.

Anschliessend werden wir das Budget beraten. Die Beratung erfolgt dabei für jeden Leistungsauftrag einzeln. Im Rahmen der einzelnen Leistungsaufträge können Änderungsanträge gestellt werden.

Bei den Änderungsanträgen gibt es zwei verschiedene Varianten. Wenn heute Abend im Rahmen einer Leistungsauftrags- oder Budgetänderung sofort die Auswirkungen auf das Budget geklärt werden können, wird der Antrag im Falle einer Annahme durch die Versammlung für 2022 wirksam.

Wenn heute Abend eine Leistungsauftrags- oder Budgetänderung beantragt wird, bei dem die Folgen davon in Bezug auf das Budget nicht abschliessend geklärt werden kann, wird der Antrag im Falle einer Annahme erst auf das Budget 2023 hin wirksam. Der Gemeinderat erhält in diesem Fall also den Auftrag, das Budget 2023 im beantragten Sinne vorzulegen. Das Gleiche

.....

gilt im Falle einer Anpassung der mehrjährigen Wirkungsziele. Möglich ist auch eine Rückweisung von einzelnen Leistungsaufträgen. Falls so ein Antrag angenommen würde, müsste dieser Leistungsauftrag nochmals separat an einer Gemeindeversammlung vorgelegt werden.

Als letzten Leistungsauftrag werden wir den Leistungsauftrag Finanzen diskutieren. Dieser Leistungsauftrag hat als einziger zwei Globalbudgets. Das Globalbudget 1 umfasst die Finanzen und das Globalbudget 2 die Steuern. Im Zusammenhang mit diesem Globalbudget 2 werden wir auch über den Steuerfuss beraten. Anträge zum Steuerfuss sind daher unter dem Leistungsauftrag Finanzen zu stellen.

So werden alle Leistungsaufträge diskutiert, bereinigt und anschliessend wird auch noch die Investitionsrechnung beraten. Am Ende der Beratungen findet eine Schlussabstimmung über alle bereinigten Leistungsaufträge mit den jeweiligen Globalbudgets, dem Steuerfuss und der Investitionsrechnung statt.

Ich übergebe das Wort nun unserem Säckelmeister.

Alain Homberger, Ressortvorsteher Finanzen

Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, liebe Gäste

Ich habe mir vorgenommen, dass es mit jedem Jahr in dem ich Ihnen das vorstelle leichter wird. Ich muss aber feststellen, dass es in jedem Jahr ein wenig komplizierter wird. Insbesondere in diesem Jahr ist es sehr kompliziert. Bitte verzeihen Sie mir, dass nicht immer alles konsistent ist, was ich Ihnen sage. Die erste Inkonsistenz haben wir vor fünf Minuten geschaffen, in dem die Nachkredite genehmigt wurden. Die genehmigten Fr. 700'000.– sind im Budget nicht berücksichtigt. Ich werde aber an dem jeweiligen Stellen darauf hinweisen. Zudem haben wir in diesem Jahr einen grossen Einnahmenüberschuss. Dieser hat Folgen für die Zukunft. Das wird im Finanzplan nicht berücksichtigt, da wir bei der Druckfreigabe nicht wussten, in welcher Dimension dieser Überschuss ausfallen wird. Ich werde Sie auch dort darauf hinweisen und Ihnen aufzeigen, welche Auswirkungen für die weiteren Jahre anfallen. Insbesondere auf das Jahr 2023 gibt es massive Auswirkungen, da wir viel mehr in den horizontalen Finanzausgleich zahlen müssen.

Die coronabedingten Auswirkungen auf die Steuereinnahmen sind bedeutend weniger gewichtig ausgefallen, als wir das noch am Anfang der Pandemie befürchtet hatten. Wie erwähnt liegen die Steuereinnahmen im laufenden Jahr 2021 gemäss Botschaft um rund 22 Mio. Franken höher als geplant.

Wie nachhaltig diese Situation ist, kann nicht prognostiziert werden. Eine bessere Beurteilung wird voraussichtlich an der Budgetgemeinde für das Jahr 2023 vorgenommen werden. Heute ist jedoch schon sicher, dass die Gemeinde Freienbach in der Nachkalkulation 2021 zum horizontalen Finanzausgleich kräftig zur Kasse gebeten wird. Diese Situation wird zu einer massiven Mehrbelastung des Budgets 2023 führen. Wenn wir weiterhin gleich hohe Steuereinnahmen haben ist es kein Problem. Falls sich die Steuereinnahmen jedoch normalisieren haben wir ein Problem.

Die finanzielle Situation der Gemeinde Freienbach zeigt sich weiterhin nachhaltig, solid und stabil. Insbesondere können die Ausgaben über viele Jahre hinweg stabil gehalten werden. Die Prognostik auf der Einnahmenseite zeigt sich allerdings zunehmend als sehr schwierig.

Zusammenfassend können wir auch im Zusammenhang mit der einwohnernahen Leistungserbringung optimistisch in die nahe Zukunft blicken.

.....

Dies ist auch nur dank motivierten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglich. Deshalb möchte ich da einen entsprechenden herzlichen Dank aussprechen.

Das Budget 2022 und auch die Finanzplanung für die folgenden Jahre sind stabil. Auch wenn die Investitionen erneut höher sind als in den letzten Jahren und deshalb die Abschreibungen steigen und das Nettovermögen sinkt. Ein wesentlicher Einflussfaktor ist der horizontale Finanzausgleich zugunsten finanzschwacher Gemeinden, der uns mit zusätzlichen 5,5 Mio. Franken belastet. Aufgrund der zunehmenden Steuerkraft steigt der Steuerkraftausgleich 2022 von 10,6 Mio. Franken auf 15,3 Mio. Franken und es sinken die Rückerstattungen aus der Nachkalkulation 2020 von 4,0 Mio. Franken auf 3,2 Mio. Franken. Wir haben somit 12,1 Mio. Franken ins Budget aufgenommen.

Die Mehrausgaben können im Budget 2022 durch eine Erhöhung der prognostizierten Steuereinnahmen um rund 12,5 % gegenüber dem Budget 2021 aufgefangen werden.

Wir legen für das Jahr 2022 ein praktisch ausgeglichenes Budget vor. Für die Folgejahre gehen wir heute von Mehrausgaben von jeweils 3 Mio. Franken / Jahr aus.

Das hohe Eigenkapital und das Nettovermögen erlauben uns den Gemeinde-Steuerfuss stabil auf 65% einer Einheit zu belassen.

Ob diese Beurteilung Stand hält, werden wir in einem Jahr an der Gemeindeversammlung zum Budget 2023 wissen.

Das vorliegende Budget 2022 wurde erneut nach den Richtlinien von HRM2 gemäss den kantonalen Vorgaben erstellt. Budgets und Rechnungen werden weiterhin nach institutioneller Gliederung geführt. Wir können so sicherstellen, dass die Ressortrechnungen weitgehend vergleichbar mit den Vorjahren bleiben.

Unsere Gemeinde führt die Rechnung nach den Grundsätzen der „wirkungsorientierten Verwaltungsführung“ (WOV). Die Rechnung (und natürlich der Voranschlag) werden dabei nach Verwaltungseinheiten gegliedert und für jede Verwaltungseinheit wird ein Voranschlagskredit zusammen mit dazugehörigen Leistungsaufträgen und mehrjährigen Wirkungszielen ausgewiesen.

Dieses Führungsmodell hat sich in Freienbach seit Jahren bewährt und nimmt neben dem Gemeinderat die ganze Verwaltung in Pflicht und Verantwortung.

In der ordentlichen Darstellung gemäss HRM2 werden die Sachgruppen zweistufig dargestellt. Diese Zahlen finden Sie in der Botschaft zur heutigen Gemeindeversammlung. Um eine weitere Informationstiefe z.B. in der Investitionsrechnung zu bekommen, ist die dreistufige Darstellung notwendig. Diese ist auf dem Internet aufgeschaltet und kann jederzeit heruntergeladen werden.

Die Einführung von HRM2 hat gleichzeitig zu einer Höherbewertung der Liegenschaften im Finanzvermögen im Betrag von 67.8 Mio. Franken geführt. Ich komme darauf zurück.

Die Aufwandarten verändern sich gegenüber dem Budget 2021 wie folgt:

- Der Personalaufwand sinkt gesamthaft um rund 100'000 Franken. Gegenüber einigen Mutationen im Stellenplan mit einer kalkulatorischen Gesamtreduktion steht die Lohnerhöhung von 1.2 % der Lohnsumme gegenüber.
- Der Sach- und übrige Betriebsaufwand steigt um 1,5 Mio. Franken, nachdem er 2021 gegenüber 2020 um 1,3 Mio. gesunken ist. Da schlagen insbesondere die Weihnachtsbeleuchtung, Mobiliar, Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Zubringer Halten und Honorare sowie Aufwände für Unterhalt zu Buche.
- Die Abschreibungen des Verwaltungsvermögens sinken erneut um 100'000 Franken auf 1,2 Mio. Franken, da die Abschreibungsdauern mit HRM2 neu festgelegt wurden und neu linear berechnet werden. Nachdem die zusätzlichen Abschreibungen genehmigt worden sind, sinkt der Aufwand für Abschreibungen um weitere 700'000 Franken auf 500'000 Franken.
- Der Finanzaufwand ist um 100'000 Franken tiefer als im Vorjahr, weil wir aufgrund der Erfahrungen im laufenden Jahr mit weniger Negativzinsen rechnen müssen als befürchtet.
- Mit HRM2 verändert sich die Struktur der Darstellung. Es gibt neu folgende 4 Kategorien, zusammengefasst als Transferaufwand bezeichnet:
 - 1. Ertragsanteile Dritte und Entschädigungen an Gemeinwesen: Nach einer Zunahme im laufenden Budget nimmt der Aufwand wieder um 100'000 Franken ab.
 - 2. Beiträge an Gemeinwesen und Dritte: Während sich die steigenden Beiträge an die ambulante Krankenpflege und der sinkende Betriebsfehlbetrag für den öffentlichen Verkehr neutralisieren, führen die entfallenden Beiträge an die Ergänzungsleistung und den gegengerechneten steigenden Kosten für die Pflegefinanzierung zu einer Gesamtentlastung von 1,7 Mio. Franken.
 - 3. Bei den Abschreibungen von Investitionsbeiträge gibt es keine Änderungen.
 - 4. Als Finanz- und Lastenausgleich werden die Transferzahlungen in den Steuerkraftausgleich (horizontaler Finanzausgleich) bezeichnet. Sie betragen für den Bezirk Höfe (Bezirk und Gemeinden) total rund 49,5 Mio. Franken. Dieses Geld geht von den Gebergemeinden und –Bezirke an finanzschwache Gemeinden und Bezirke des Kantons. Die Gemeinde Freienbach hat für 2022 einen Betrag von 15,3 Mio. Franken veranschlagt. Infolge Rückerstattung aufgrund der Nachkalkulation 2020 von 3,2 Mio. Franken sind im Budget 2022 12,1 Mio. Franken oder 5,5 Mio. Franken mehr als im Vorjahr aufgenommen worden.
- Die internen Verrechnungen fallen um 1 Mio. Franken tiefer aus als im Vorjahr und senken das Gesamtbudget entsprechend.

Durch diese Veränderungen steigt das Budget 2022 gegenüber dem Budget 2021 um 3,8 Mio. Franken und liegt ausgabenseitig bei 93,4 Mio. Franken.

- Die Steuereinnahmen basieren auf dem Abschluss 2020, Rückfragen bei grossen Steuerzahlern und einer geschätzten Zunahme aufgrund der aktuellen Situation.

.....

In der mehrjährigen Darstellung sehen wir die Rechnungen 2015 bis 2020, die Prognose 2021, das Budget 2022 und die Finanzplanung 2023 bis 2025. Die Ertragslinie (grüne Linie) ist im laufenden Jahr klar über der Aufwandlinie (blaue Linie), um in den Folgejahren wiederum deutlich unter der Aufwandlinie zu kommen. Insbesondere rechnen wir mit massiv höheren Zahlungen in den Finanzausgleich im Jahr 2023 aufgrund der Nachkalkulation des laufenden Rechnungsjahres 2021.

Es ist im Laufe des Budgetjahres 2022 zu prüfen, ob die höheren Steuereinnahmen 2021 nachhaltig sind. Gegebenenfalls kann im nächstem Jahr die Mittelfristplanung angepasst werden.

Wir gehen im Betrachtungshorizont ab 2017 von einem unveränderten Steuerfuss von 65% aus.

Im Budget sind für 2022 folgende grössere Investitionen geplant:

- Zur Sanierung der Schulanlage Bäch sind für die Planung 400'000 Franken eingesetzt. Für die Realisierung ist ein entsprechendes Sachgeschäft notwendig.
- Die GH Brüel soll zum Haus der Gesellschaft werden. Für die Planung sind 150'000 Franken eingesetzt. Für die Realisierung ist gegebenenfalls ein entsprechendes Sachgeschäft notwendig.
- Die Schulanlage Schwerzi soll mittels Aufstockung und Sanierung für künftig Bedürfnisse aufgerüstet werden. 300'000 Franken sind für die Planung und Realisierung eines entsprechenden Sachgeschäfts notwendig.
- Ein grosser Posten ist für den neuen Werkhof im Roggenacker vorgesehen. Falls das Sachgeschäft angenommen wird, sind 1,2 Mio. Franken für Landkauf und 8 Mio. Franken für erste Bauarbeiten eingestellt.
- Die Sanierung Wilenstrasse wird im Rahmen des bewilligten Sachgeschäftes weiter vorangetrieben und im Jahr 2022 1.7 Mio. Franken beanspruchen.
- Das Zeughaus soll für Jugendarbeit, Sport und das Narrenmuseum ausgebaut werden. Für die Planung sind 150'000 Franken eingesetzt. Für die Realisierung ist gegebenenfalls ein entsprechendes Sachgeschäft notwendig.
- Für den Sport sind Beiträge an die Sanierung der 3-fach-Turnhalle KSA und die Sportplätze des Tennisclubs je 400'000 Franken vorgesehen.
- Für die Bereitstellung des Wohnhauses Halten, das gemäss genehmigtem Nachtragskredit bereits im Verwaltungsvermögen ist, sind 500'000 Franken eingeplant.
- Die Investitionsbeiträge an den Abwasserverband Höfe betragen im nächsten Jahr 410'000 Franken und werden über die Spezialfinanzierung abgewickelt. Weitere Investitionen sind laufend zu erwarten und haben im Finanzplan Eingang gefunden, daneben sind Abwasserprojekte der Gemeinde mit rund 700'000 Franken geplant.

Die Gesamtinvestitionen betragen 2022 voraussichtlich total 15,14 Mio. Franken. Für diese Investitionen ist eine Urnenabstimmung für den Werkhof Roggenacker notwendig bzw. die Urnenabstimmungen haben bereits stattgefunden (Wilenstrasse / genereller Entwässerungsplan).

.....

Im Finanzplan (2023 bis 2025) sind weitere Erneuerungen des Fahrzeugparks der Feuerwehr eingestellt.

Der Zubringer Halten ist wieder im Finanzplan, da flankierende Massnahmen zu erwarten sind und gegebenenfalls angepasste Linienführungen durch die Gemeinde Freienbach zu tragen wären.

Pro Memoria sind weitere Arbeiten beim Bahnhof Pfäffikon (Bahnstrasse für den öffentlichen Verkehr) aufgeführt. Die Ausführung dieser Arbeiten ist von Entscheidungen der SBB abhängig.

Als Folge der geplanten Investitionen und in Fortschreibung der Ausgaben und Einnahmen mit angenommenen prozentualen Steigerungen ergibt sich der folgende Finanzplan:

Das Budget 2022 und die Finanzplanung bis 2025 wurden durchgehend mit einem Steuerfuss von 65% einer Einheit gerechnet. Die Planzahlen zeigen Nettoinvestitionen im gleichen Zeitraum von rund 66 Mio. Franken. Das Defizit beträgt ab 2023 pro Jahr ca. 3 Mio. Franken.

Das Eigenkapital und das Nettovermögen nehmen in der bisher gewohnten Darstellung im laufenden Jahr infolge Neubewertung der Eingangsbilanz um 72,8 Mio. Franken zu. Davon entfallen auf die Neubewertungsreserve Liegenschaften Finanzvermögen 67,8 Mio. Franken, auf die Überführung der Guthaben der Spezialfinanzierungen und Fonds vom Fremd- ins Eigenkapital 6,3 Mio. Franken und auf die Aufwertungsreserve minus 1,3 Mio. Franken. Die Liegenschaften im Finanzvermögen sind neu mit 80,9 Mio. Franken bewertet (bisher 13,1 Mio. Franken), die Differenz ergibt die Neubewertungsreserve von 67,8 Mio. Franken. Diese Werte sind noch provisorisch, muss der Regierungsrat doch diese Bilanzanpassungen noch genehmigen.

Das Nettovermögen soll aufzeigen, wie viele Mittel der Gemeinde für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stehen. Es ist davon auszugehen, dass die Stimmberechtigten der Gemeinde kaum bereit sein werden, Liegenschaften aus dem Finanzvermögen für den Ausgleich von Defiziten der laufenden Rechnung zu liquidieren.

Aus diesen Überlegungen drängt sich inskünftig die Darstellung des Nettovermögens ohne Liegenschaften des Finanzvermögens auf. Die entsprechende Darstellung sieht ab 2011 so aus:

Der erwartete positive Rechnungsabschluss des laufenden Jahres ist in obiger Darstellung aufgenommen worden.

Die negative Selbstfinanzierung als Folge von den Investitionen führt in den nächsten vier Jahren zum Abbau des effektiven Nettovermögens und zu einer Verschuldung ab 2024. Demzufolge kann davon ausgegangen werden, dass nach dem Aufbrauchen der flüssigen Mittel die Liquidität mittels Fremdkapital sichergestellt werden muss.

Falls die höheren Steuererträge des laufenden Jahres nachhaltig sein sollten, kann eine Neubeurteilung stattfinden. Auch falls sich die Bereitschaft zur Nutzung von Liegenschaften im Finanzvermögen ändert.

Die Darstellung zeigt die Entwicklung vom Gesamtaufwand nach Arten im mehrjährigen Vergleich. Es ist gut erkennbar, dass sich die meisten Aufwandarten in den letzten Jahren stabil verhalten haben.

.....

Infolge der zusätzlichen Abschreibungen im Rechnungsjahr 2016 baut sich diese Kostenart aufgrund neuerlicher Investitionen wieder langsam auf. Als Folge von HRM2 wird das Jahr 2021 tiefer und das nächstes Jahr wird wiederum tiefer sein aufgrund der zusätzlichen Abschreibungen.

Wesentlich verändert haben sich die Zahlungen in den horizontalen Finanzausgleich (grau) für das Budget 2022. Wir sehen erhebliche Mehrausgaben. Diese Aufwandart ist fremdgesteuert und durch den Gemeinderat von Freienbach nicht beeinflussbar.

Die Finanzen der Gemeinde Freienbach zeigen sich gesund und stabil. Die Leistungen für die Allgemeinheit werden bedarfsgerecht und engagiert erbracht und sichern die Attraktivität von der Gemeinde für alle.

Von dieser guten Situation werden 2022 wiederum alle profitieren:

- alle Kantonseinwohner über die entsprechenden Kantons-Steuererinnahmen.
- die Empfängergemeinden über den horizontalen Finanzausgleich.
- die Steuerzahler der Gemeinde Freienbach über den stabilen Steuerfuss.
- die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde Freienbach.
- alle Einwohnerinnen und Einwohner von Freienbach über das reichhaltige und überdurchschnittliche Angebot in allen Bereichen und durch die Investitionen in den Bereichen Sport, Kultur und Freizeit.

Gemäss neuester Steuerstatistik des Kantons Schwyz sind 2018 rund 60% aller Steuererinnahmen des Kantons von Steuerzahlern des Bezirks Höfe gekommen. Der Prozentsatz dürfte für das Jahr 2021 noch merklich höher liegen.

Wie jedes Jahr möchte ich deshalb erneut festhalten:

→ Geht es den Höfen gut, geht es dem ganzen Kanton gut.

Wir kommen zu einer Auswahl von Projekten und Leistungszielen aus den einzelnen Ressorts:

Leistungsauftrag Präsidiales:

Als Schwerpunkt plant das Ressort Präsidiales die Durchführung des dritten Skulpturensymposiums durch die Kulturkommission sowie ein Gauklerfäscht, vorausgesetzt die Pandemiesituation lässt dies zu. Daneben wird Effizienz im Zusammenhang mit Gesuchen zur Vorbereitung der Eheschliessungen geprüft.

Im ausserordentlichen Budget sind 120'000 Franken für die Prozessoptimierung der Abläufe in der Verwaltung und 43'500 Franken für das Skulpturensymposium, sowie 50'000 Franken für den Ankauf einer Skulptur eingesetzt. Die neue Weihnachtsbeleuchtung mit 150'000 Franken und der Beitrag an die höfa 2022 mit 50'000 Franken runden das ausserordentliche Budget ab.

Das Globalbudget ist um rund 350'000 Franken höher als im 2021.

.....

Leistungsauftrag Liegenschaften und Sicherheit:

Der Neubau des Werkhofes Roggenacker mit der Vorlage des entsprechenden Sachgeschäftes wird das Ressort im 2022 stark beschäftigen.

Daneben soll das Wohnhaus Halten wieder bewohnbar gemacht werden.

Die Einsatzkräfte haben sich die Erhöhung der Präsenz an Mannschaftsübungen der Feuerwehr zum Ziel gesetzt.

Im ausserordentlichen Budget sind neben Planungsarbeiten für die Seestrasse 107 in Bäch und für diverse Abwassersanierungen für die fossilenergiefreie Sanierung der Heizung des Hauses an der Birchweidstrasse 21 80'000 Franken eingesetzt.

Die Feuerwehrhelme werden im Rahmen der regelmässigen Erneuerungen neu beschafft.

Das Globalbudget 2022 ist um rund 200'000 Franken tiefer als 2021.

Leistungsauftrag Finanzen:

Die Gemeinde Altendorf wird mit einem Vollanschluss die Leistungen des Rechenzentrums in Anspruch nehmen. Ein Sicherheitsaudit soll mit Kosten von 18'000 Franken evtl. Schwachstellen aufdecken.

Im nächsten Jahr sollen die Abläufe des Inkassowesens überarbeitet und digitalisiert werden.

Das Globalbudget ist gegenüber 2021 um 26'000 Franken tiefer.

Im ausserordentlichen Budget sind 20'000 Franken für das Projekt e-Steuern und 25'000 Franken für die neue Version der Schulsoftware Sclaris.

Die geplanten Steuereinnahmen sind aufgrund der Erfahrungen im laufenden Jahr und aufgrund von Anfragen bei grossen Steuerzahlern angepasst worden. Trotz der zusätzlichen Zahlungen in den Finanzausgleich von 5,5 Mio. Franken wurden das Globalbudget um rund 900'000 Franken gegenüber 2021 erhöht. Das heisst 6,4 Mio. Franken höhere Steuereinnahmen.

Leistungsauftrag Tiefbau und Verkehr:

Im Jahr 2022 soll die 2 Etappe der Wilenstrasse Ost mit Werkleitungsbau abgeschlossen werden.

Daneben soll die Initiative „nachhaltige Mobilität“ umgesetzt werden.

Im ausserordentlichen Budget sind für Projektierungen des Zubringers Halten 320'000 Franken eingesetzt.

Für die Teilsanierung der Holzbrücke nach Rapperswil und für Busstationen sind 70'000 bzw. 150'000 Franken geplant.

Die Angebotsausschreibung 2024 für die Ortsbusse wird 70'000 Franken kosten.

Das Globalbudget 2022 ist um rund 600'000 Franken höher als 2021 und rund 200'000 Franken tiefer als die Rechnung 2020.

Leistungsauftrag Raum und Umwelt:

Das Ressort Raum und Umwelt beabsichtigt als Hauptaufgabe die Auflage der Teilrevision / Nachführung der Nutzungsplanung.

Das Inventar geschützter Objekte soll vervollständigt und eine zweite Littering-Patenschaft soll etabliert werden.

Über das ausserordentliche Budget werden die Planungsvereinbarung Bahnhof und die Projektierung Bahnstrasse sowie die Gesamtrevision der Nutzungsplanung und die Grundlagen für den Schutzzonenplan für total 321'000 Franken erarbeitet.
Für das Förderprogramm Energie werden 50'000 Franken eingesetzt.

Das Globalbudget 2022 ist rund 250'000 Franken höher als im Jahr 2021.

Leistungsauftrag Gesellschaft:

Das Ressort Gesellschaft legt im Jahr 2022 ein Schwergewicht auf die Zusammenarbeit mit Wollerau im Asyl- und Flüchtlingswesen. Dies nachdem das Sozialzentrum Höfe aufgelöst wurde.

Seniorinnen und Senioren sollen bedürfnisgerecht informiert werden.

Im ausserordentlichen Budget ist eine Erhöhung des Personals im Fürsorgeamt (20'000 Franken) sowie 30'000 Franken für einen Alphabetisierungskurs eingesetzt.

Das Ressort Gesellschaft zeigt ein um rund 2'126'000 Franken tieferes Globalbudget auf.

Leistungsauftrag Pflegezentren:

Die Pflegezentren werden die Zusammenlegung beider Demenzabteilungen prüfen und die Zusammenarbeit mit Pro Senectute intensivieren.

Da die Pflegezentren spezialfinanziert sind, ist das Globalbudget immer ausgeglichen.
Für das Jahr 2022 ist eine Einlage in die Spezialfinanzierung von 436'000 Franken geplant. Die Auslastung und der Pflegebedarf bestimmen diesen Betrag.

Im ausserordentlichen Budget sind 50'000 Franken für die Unterstützung bei der Zukunftsplanung eingesetzt.

Leistungsauftrag Bildung und Musikschule:

Die Elternmitwirkung soll verstärkt und Konzertformate im öffentlichen Raum sollen entwickelt werden.

Die Lehrpersonen sollen in der Anwendung von „Mindsteps“ Kompetenzen haben.

Im ausserordentlichen Budget sind 124'000 Franken für die Anschaffung von zusätzlichen bzw. neuen Lehrmitteln im Zusammenhang mit der Einführung des Lehrplan 21 eingesetzt.
Das Mobiliar in der Schulanlage Wilen wird für 75'000 Franken erneuert

Beim Leistungsauftrag Musikschule sind 25'000 Franken im ausserordentlichen Budget für die Schaffung der Funktion "Leitung Tanz".

Das Globalbudget der Musikschule ist weiterhin stabil.

Hier sehen Sie den Zusammenschluss aller Globalbudgets mit dem budgetierten Ausgabenüberschuss von 35'000 Franken.

Dem Höfner konnte entnommen werden, dass ein Antrag auf Senkung des Steuerfusses von den geplanten 65% einer Einheit auf 60% einer Einheit im Raum steht.

Sie sehen hier eine Zusammenstellung mit folgenden Annahmen:

- Das Ergebnis 2021 liegt bei 23 Mio. Franken.
- Die Steuermehrerträge 2021 sind nur teilweise nachhaltig.
- Die Nachtragskredite zur zusätzlichen Abschreibung werden angenommen. Daraus resultiert ab 2022 eine Entlastung von 700'000 Franken pro Jahr.
- Es fällt nur das effektive Nettovermögen in Betracht, da die Liegenschaften des Finanzvermögens nicht zur Deckung von Defiziten der laufenden Rechnung liquidiert werden können.
- Die Nachkalkulation Finanzausgleich für 2021 führt zu Mehrausgaben von rund 6 Mio. Franken im Jahr 2023.

Diese Annahmen führen ab 2024 zu einer Kreditaufnahme, die bis 2025 auf 20 Mio. Franken ansteigen wird.

Ein Steuerfuss von 60% einer Einheit führt bei diesen Annahmen bereits ab 2023 zu einer Kreditaufnahme, die bis 2025 auf rund 35 Mio. Franken ansteigt.

Falls sich wider Erwarten die hohen Einnahmen des laufenden Jahres 2021 grösstenteils als nachhaltig erweisen, wird die Mittelfristplanung für die Gemeindeversammlung zum Budget 2023 angepasst.

Wie schon oftmals erwähnt ist der Beitrag an den horizontalen Finanzausgleich von ausschlaggebender Bedeutung für die Budgets der Gemeinde Freienbach. Dieser Beitrag hängt einerseits von der Finanzkraft unserer Gemeinde ab, andererseits aber auch ganz wesentlich von der Finanzkraft unserer Nachbargemeinden Feusisberg und Wollerau. Mit den Amtsberichten zum Budget der Gemeinde Feusisberg und der Gemeinde Wollerau muss man davon ausgehen, dass deren Mehreinnahmen für das Jahr 2021 bei weitem nicht so massiv sind wie bei uns. Das führt zu einer massiven Mehrbelastung im Jahr 2023. Für die folgenden Jahre kann hierzu keine Aussage gemacht werden. Stabilität und Verlässlichkeit sind gemäss einer Studie ganz wichtige Standortfaktoren. Deshalb schlägt der Gemeinderat für das Budget 2022 einen Steuerfuss von 65 % vor und wartet für diesbezüglich Diskussionen auf Nachhaltigkeitsbekenntnis im Laufe des nächsten Jahrs.

Ich freue mich nun auf die Diskussion und gebe das Wort zurück an unseren Gemeindepräsidenten Daniel Landolt und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Ich danke dem Säckelmeister für seine Ausführungen.

Ich bitte nun um Bericht und Antrag der RPK und gebe das Wort dem Präsidenten, Norbert Knechtle.

Norbert Knechtle, Präsident der Rechnungsprüfungskommission RPK

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Ich möchte den Bericht der Rechnungsprüfungskommission verkürzt vortragen. Sie finden den vollständigen Bericht auf der Seite 66 in der Botschaft.

Die Rechnungsprüfungskommission hat den Voranschlag 2022, bestehend aus der laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung sowie den Globalbudgets mit den Leistungsaufträgen in den jeweiligen Verwaltungsbereichen der Gemeinde, die Erfolgsrechnung sowie der Steuerfuss

und die Finanzplanung 2021 – 2025 gemäss dem Gesetz über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden für das Jahr 2022 geprüft.

Aufgrund der vorliegenden Prüfungsergebnisse empfiehlt die Rechnungsprüfungskommission:

1. Die Globalbudgets und die Leistungsaufträge der jeweiligen Verwaltungsbereiche zu genehmigen.
2. Den Voranschlag 2022 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 34'900.– und einem Steuerfuss von 65% einer Einheit sowie mit Nettoinvestitionen von Fr. 15'142'000.– zu genehmigen.

Besten Dank auch im Namen meiner Kollegen.

Gert van der Meer, Martin Föllmi, Philipp Mazenauer und Kari Stamm

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank, Herr Präsident. Wir kommen jetzt zur Beratung des Budgets. Wie ich bereits sagte, werden wir jeden Leistungsauftrag separat diskutieren und bereinigen. Die Diskussion und Beschlussfassung betreffend den Steuerfuss erfolgt unter dem Leistungsauftrag Finanzen am Schluss der Debatte. Wenn wir alle Leistungsaufträge bereinigt haben, gibt es dann die Schlussabstimmung über das gesamte Budget.

Damit wir Ordnung in der Diskussion haben, bin ich sehr dankbar, wenn Sie sich unter den jeweiligen Leistungsaufträgen zu Wort melden und dort auch Ihre Anträge stellen.

Zuerst möchte ich jetzt aber die Gelegenheit für Wortmeldungen allgemeiner Art geben. Wenn Sie dabei bereits bei diesen allgemeinen Voten Anträge zu verschiedenen Leistungsaufträgen stellen möchten, können Sie das tun. Wir würden diese Anträge aber im Rahmen der jeweiligen Leistungsaufträge beraten und auch dort darüber abstimmen.

Wenn Sie einen Antrag stellen möchten, aber nicht sicher sind, welcher Leistungsauftrag davon betroffen ist oder wenn mehrere Leistungsaufträge betroffen sind, bitte ich Sie ebenfalls, sich im Rahmen dieser allgemeinen Debatte zu melden. Dies damit wir vermeiden können, dass wir im Rahmen der Diskussion der einzelnen Leistungsaufträge allenfalls wieder auf Leistungsaufträge zurückkommen müssen, die wir bereits bereinigt haben. Selbstverständlich sind aber grundsätzlich bis zur Schlussabstimmung Anträge zu allen Leistungsaufträgen möglich.

Ich eröffne nun die Diskussion für allgemeine Wortmeldungen und Anträge über mehrere Leistungsaufträge oder Anträge, bei welchen unklar ist, welche Leistungsaufträge sie betreffen. Das Wort ist frei. Das Wort wird nicht verlangt.

Wir beginnen mit dem Leistungsauftrag Präsidiales. Sie finden diesen auf den Seiten 10 und 11 der Botschaft. Der Genehmigungsinhalt mit den Leistungszielen, den Wirkungszielen und dem Globalbudget ist auf Seite 11 grau hinterlegt.

Das Wort ist frei zum Leistungsauftrag Präsidiales. Keine Wortmeldung.

Wir fahren weiter mit dem Leistungsauftrag Liegenschaften und Sicherheit. Sie finden diesen auf den Seiten 14 bis 17 der Botschaft. Der Genehmigungsinhalt mit den Leistungszielen, den Wirkungszielen und dem Globalbudget ist auf Seite 16 grau hinterlegt.

Das Wort ist frei zum Leistungsauftrag Liegenschaften und Sicherheit. Keine Wortmeldung.

Wir fahren weiter mit dem Leistungsauftrag Tiefbau und Verkehr. Sie finden diesen auf den Seiten 26 und 27 der Botschaft. Der Genehmigungsinhalt mit den Leistungszielen, den Wirkungszielen und dem Globalbudget ist auf Seite 27 grau hinterlegt.

Das Wort ist frei zum Leistungsauftrag Tiefbau und Verkehr. Keine Wortmeldung.

Wir fahren weiter mit dem Leistungsauftrag Raum und Umwelt. Sie finden diesen auf den Seiten 30 und 31 der Botschaft. Der Genehmigungsinhalt mit den Leistungszielen, den Wirkungszielen und dem Globalbudget ist auf Seite 31 grau hinterlegt.

Das Wort ist frei zum Leistungsauftrag Raum und Umwelt. Keine Wortmeldung.

Wir fahren weiter mit dem Leistungsauftrag Gesellschaft. Sie finden diesen auf den Seiten 34 bis 37 der Botschaft. Der Genehmigungsinhalt mit den Leistungszielen, den Wirkungszielen und dem Globalbudget ist auf den Seiten 35 und 36 grau hinterlegt.

Das Wort ist frei zum Leistungsauftrag Gesellschaft. Keine Wortmeldung.

Wir fahren weiter mit dem Leistungsauftrag Pflegezentren. Sie finden diesen auf den Seiten 38 und 39 der Botschaft. Der Genehmigungsinhalt mit den Leistungszielen, den Wirkungszielen und dem Globalbudget ist auf Seite 39 grau hinterlegt.

Das Wort ist frei zum Leistungsauftrag Pflegezentren. Keine Wortmeldung.

Wir kommen zum Leistungsauftrag Bildung. Sie finden diesen auf den Seiten 42 und 43 der Botschaft. Der Genehmigungsinhalt mit den Leistungszielen, den Wirkungszielen und dem Globalbudget ist auf Seite 43 grau hinterlegt.

Das Wort ist frei zum Leistungsauftrag Bildung.

Verena Vanomsen, SP Freienbach

Geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Vielleicht kommt Ihnen das bekannt vor: Am Morgen ist alles auf die Minuten "getimt". Sie schicken Ihre Kinder pünktlich aus dem Haus, damit Sie zur Arbeit gehen können. Anschliessend sind die Kinder tagsüber in der Schule und Essen dort zu Mittag und dann stressen Sie um 15.00 Uhr nach Hause, damit Sie da sind, wenn Ihre Kinder von der Schule heimkommen. Im Geschäft bleibt Einiges liegen oder Sie nehmen vielleicht Arbeit nach Hause, damit Sie am Abend noch arbeiten können, wenn die Kinder schlafen. Haben sie ausserordentliche geschäftliche Termine, geht es weiter mit dem Jonglieren. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in unserem Umfeld oft eine grosse Herausforderung.

Der Aufbau und Ausbau von Tagesstrukturen ist nebst der Digitalisierung, der integrativen Schule, der Einführung des Lehrplans 21 mit der Kompetenzorientierung eine der grössten Entwicklungen im schweizerischen Bildungssystem. So beurteilt der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz die aktuelle Bildungslandschaft Schweiz.

Der Blick in unsere und über die Gemeinde hinweg bestätigt diese Entwicklung. Wir in der Gemeinde Freienbach haben seit dem Sommer 2017 in Bäch eine modulare Tages-
schule, die sehr gut läuft. Die Auslastung liegt aktuell bei 94 %.
An den anderen Schulstandorten Wilen, Freienbach und Pfäffikon steht seit 1 ½ bzw.
2 ½ Jahren ein Mittagsbetreuungsangebot zur Verfügung, das von der Schule organisiert ist. Die
Mittagsbetreuung an allen Schulstandorten erfährt Zulauf und erreicht teilweise bereits die
Grenze ihrer Kapazität.

Die Primarschulen im Bezirk machen ähnliche Erfahrungen:
Wollerau hat seinen Hort, der im unmittelbaren Umfeld der Schule Kinder vor der Schule, nach
der Schule und in den Schulferien betreut.

Die Gemeinde Feusisberg bietet selber ein umfassendes und professionelles Betreuungsange-
bot für alle primarschulpflichtigen Kinder an. Die Betreuungsangebote sind modular aufgebaut,
auch eine Ferienbetreuung wird angeboten. Seit Bestehen ist auch hier eine ständige Zunahme
feststellbar: Familie, welche ihre Kinder privat beschult haben, wechseln in die öffentliche Schule,
weil sie da eben auch die Betreuungsstruktur finden, die sie brauchen.
Altendorf kennt seit 2017 ebenso ein Konzept der schulergänzenden Betreuung inklusive Feri-
enbetreuung, welches organisatorisch der Schule angegliedert ist. Altendorf erfährt einen jährli-
chen Zuwachs in die Betreuung.

Die Angebote haben eines gemeinsam: Sie sind modular, freiwillig und werden von den Eltern
mitfinanziert.

Es ist also nicht nur ein Bauchgefühl, dass schulergänzende Betreuung ein Bedarf ist. Es ist
auch erwiesen.

Der Gemeinderat hat sich im Leitbild zu diesem Thema folgendes Ziel gesteckt:
*Wir steigern die Vielfalt und erhöhen die Qualität unseres Bildungsangebotes bedarfsgerecht auf
hohem Niveau.
Das Grundangebot für alle Kinder ist zeitgemäss und umfasst neben Lernangeboten auch Mittags-
und Tagesbetreuung.*

Ich weiss aus eigener Erfahrung, dass Beruf, Politik und Familien unter einen Hut zu bringen,
eine Herausforderung ist. Es gibt viele Familie, die in ihrem näheren Umfeld keine Betreuungs-
unterstützung erfahren können. Nicht unerheblich ist, dass nebst den Erwachsenen eben auch
zusätzlich ganz viele Kinder vom schulergänzenden Betreuungsangebot profitieren. Kinder wol-
len mit Kindern zusammen sein. In Tagesstrukturen wird ihnen das Lernen, Spielen und das Be-
wältigen von Konfliktsituationen mit Gleichaltrigen ermöglicht.
Zeitgleich gewinnt auch die Qualität der Schule, weil die Schule als gemeinsamer Lebensraum
erlebt wird.

Aus Sicht der SP Freienbach ist es jetzt an der Zeit, den Erfolg der Tagesstrukturen weiterzufüh-
ren. Wir wollen einen Schritt weiterkommen. Die Möglichkeit, Tagesstrukturen besuchen zu kön-
nen, sollen in der Gemeinde erweitert werden. Bäch alleine reicht nicht. Der Bedarf ist auch an
andere Schulstandorten vorhanden. Wir hätten gerne geprüft, was die Einführung eines weiteren
Schulstandortes die Gemeinde kostet und wünschen bis in einem Jahr einen Bericht dazu.

Darum stellen wir folgenden Antrag:

Beim Konto 80400 sollen zusätzlich 20'000 Franken eingestellt werden. Ziel ist, dass damit abgeklärt wird, was die Einführung eines Tagesstrukturmodelles an einem weiteren Schulstandort kosten würde.

Ebenso soll aufgezeigt werden, wie das Angebot finanziert wird.

Bis spätestens zur Budgetgemeinde im Dezember 2022 soll über die Ergebnisse der Abklärungen Bericht erstattet werden.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank, Verena Vanomsen. Wir haben einen Antrag mit einem klaren Auftrag. Wir haben auch eine klare Frist, bis wann dieser Auftrag zu erfüllen ist. Wir haben auch die erforderlichen Mittel, die beantragt werden. Der Antrag ist ein klassisches Leistungsziel. Ich nehme diesen Antrag gerne als Leistungsziel entgegen. Es ist nicht nur ein Budgetantrag, der dem Gemeinderat die entsprechende Kompetenz erteilt, die finanziellen Mittel auszugeben. Es ist ein Leistungsziel für die Bildung. Ich nehme diesem Antrag gerne so entgegen, möchte aber eine Stellungnahme unserer Schulpräsidentin Ursula Solenthaler.

Ursula Solenthaler, Ressortvorsteherin Bildung

Guten Abend miteinander

Besten Dank, Verena. Die Tagesstruktur ist auch bei uns in der Gemeindeschule Freienbach ein sehr grosses Thema. Die Einführung der Tagesschule in Bäch war von Anfang an ein grosser Erfolg. Wir haben seit Beginn eine hohe Auslastung. Wir haben zum Teil an gewissen Tagen auch Wartezeiten. Die Einführung der Mittagsbetreuung durch die Schulen an allen Standorten hat uns mit hohen Anmeldezahlen überrascht. Wir haben da teilweise eine Verdopplung der Anmeldungen. In Wilen werden bis zu 70 Mahlzeiten an einem Tag ausgegeben. Zusammengezählt werden an allen Schulstandorten 550 Mahlzeiten ausgegeben. Mittwochs wird kein Mittagstisch angeboten. Ein grosser Bedarf sehen wir auch an Mittwochnachmittagen und in den Ferien. Der Schulrat hat in Hinblick auf die Strategiezielen 2014 definiert, dass wir die Tagesstruktur überprüfen. Auch weil dies die Nachbargemeinden vermehrt Tagesstrukturen anbieten. Der Schulrat wird sich an der Schulratssitzung im Januar mit den Strategiezielen – inkl. Tagesstruktur – auseinandersetzen. Im Bezug zur Tagesstruktur und derer Zukunft findet im März auch eine Klausursitzung des Schulrates zusammen mit den Schulleitern statt. Das ist meine Stellungnahme zu deinem Antrag Verena.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank für deine Ausführungen. Wenn ich dich richtig verstehe, ist dieser Antrag für die Schule grundsätzlich kein Problem. Ihr könnt diesen Antrag im nächsten Jahr erfüllen, wenn er heute Abend angenommen wird. Das Wort ist weiterhin frei zum Leistungsauftrag Bildung.

Norbert Knechtle, Mitte Freienbach

Guten Abend miteinander

Ich möchte im Namen der Mitte Freienbach zu Ihnen sprechen. Ich möchte Sie bitten, den Antrag von Verena Vanomsen zu unterstützen. Die Tagesbetreuung liegt im Trend und ist ein Bedürfnis. Es dient der Förderung der Attraktivität der Gemeinde Freienbach. Es ist ein sehr wichtiges Anliegen und wir finden es sehr sinnvoll, dass finanzielle Mittel eingesetzt werden um seriöse Grundlagen zu schaffen. So können auch finanzielle Auswirkungen abgeschätzt werden, bevor man darüber abstimmt. Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag zu unterstützen. Dadurch können wir es im nächsten Jahr ins Budget und als Leistungsziel aufnehmen.

.....

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank Norbert Knechtle. Das Wort ist weiterhin frei.

Oliver Flühler, SVP Freienbach

Guten Abend miteinander

Aus Sicht der SVP besteht folgende Meinung zum Antrag: Es wurde richtig erkannt, dass das Bedürfnis nach Tagesstrukturen vorhanden ist. Ich empfehle Ihnen spontan, dass der Antrag heute Abend erweitert wird. Die Konsequenzen sollen für alle Schulstandorte überprüft werden. Es könnte sein, dass wir dadurch den einen oder anderen Schulstandort schliessen müssten, wenn die Tagesstrukturen für mehrere Standorte gebündelt werden. Es wäre falsch, wenn wir es nicht auch in diesem Kontext überprüfen. Deshalb würde ich gerne beliebt machen, dass der Antrag ergänzt wird. Besten Dank.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Ich habe noch eine Verständnisfrage. Wie genau soll der Antrag ergänzt werden.

Oliver Flühler, SVP Freienbach

Einführung einer weiteren Tagesstruktur an einem weiteren Schulstandort prüfen unter Berücksichtigung der Konsequenzen auf alle Schulstandorte.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Verena Vanomsen ist diese Ergänzung in deinem Sinne. Es soll auch überprüft werden, was eine solche Erweiterungen für Auswirkungen auf die anderen Schulstandorte hat. Dürfen wir das so ergänzen? Gut. Der Antrag wird mit der Zustimmung der SP ergänzt. Gibt es weitere Wortmeldungen?

Lorenz Ilg, GLP Freienbach

Besten Dank. Guten Abend meine Damen und Herren. Die Grünliberalen finden diesen Antrag sehr sinnvoll. Wir unterstützen diesen Antrag voll und ganz. Es gibt noch einen weiteren Aspekt, den ich gerne in den Vordergrund stellen möchte. Wir haben eine Wirtschaft und wir brauchen sämtliche Mitarbeitende in diesem Wirtschaftsprozess. Dazu gehören auch alle Elternteile, unabhängig ob Mann oder Frau. Alle Elternteile sind betreuungspflichtig und wir möchten die Möglichkeit bieten, dass alle zusammen in der Wirtschaft arbeiten. Dazu benötigt es diese Tagesstrukturen. Wir finden es extrem sinnvoll und begrüssen es. Wir bitten Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank, Lorenz Ilg. Gibt es weitere Wortmeldungen? Allgemeiner Art oder zum Antrag von Verena Vanomsen? Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Wir stimmen ab über den Antrag der SP. Er lautet wie folgt:

Beim Konto 80400 sollen zusätzlich 20'000 Franken eingestellt werden. Damit soll abgeklärt wird, was die Einführung eines Tagesstrukturmodelles an einem weiteren Schulstandort kosten würde und wie sich dieses Angebot finanzieren könnte. Es ist die Auswirkung auf alle Schulstandorte zu prüfen. Bis spätestens zur Budgetgemeinde vom Dezember 2022 soll über die Ergebnisse der Abklärungen Bericht erstattet werden

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, möge jetzt bitte die Hand erheben. Gegenmehr?

Ich erachte des erste Mehr als klar grösser. Stimmzähler, teilt ihr meine Ansicht?

Besten Dank Sie haben dem Antrag zugestimmt.

Wir kommen zum Leistungsauftrag Musikschule. Sie finden diesen auf den Seiten 44 und 45 der Botschaft. Der Genehmigungsinhalt mit den Leistungszielen, den Wirkungszielen und dem Globalbudget ist auf Seite 45 grau hinterlegt. Keine Wortmeldung.

Wir kommen schliesslich noch zum Leistungsauftrag Finanzen. Sie finden diesen auf den Seiten 20 bis 23 der Botschaft. Bitte beachten Sie, dass dieser Leistungsauftrag zwei Globalbudgets hat. Nämlich das Globalbudget 1, welches die Finanzen betrifft und das Globalbudget 2, welches die Steuern betrifft. Sie finden den Genehmigungsinhalt in Bezug auf die Leistungs- und Wirkungsziele auf Seite 21, das Globalbudget 1 auf Seite 22 und das Globalbudget 2 auf Seite 23, jeweils grau hinterlegt. Inhalt des Globalbudgets 2 sind die Steuereinnahmen und damit natürlich auch der Steuerfuss.

Das Wort zum Leistungsauftrag Finanzen ist frei.

Marcel Föllmi

Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren

Der Säckelmeister hat es bereits erwähnt, dass es allenfalls Überlegungen zu einer Steuersenkung gibt. Ich zahle auch nicht sonderlich gerne Steuer, das kann ich offen zugeben. Wahrscheinlich würde eine Senkung grundsätzlich möglich sein, aber wir müssen uns auch über die Signalwirkung bewusst sein. Was würde eine Senkung in der Gemeinde Freienbach auslösen. Eine Senkung, welche nicht mit den anderen Höfner Gemeinden abgesprochen wurde. Die anderen Gemeinden – sofern mir bekannt – werden den Steuerfuss beibehalten. Eine solche Senkung würde Begehrlichkeiten auslösen. Begehrlichkeiten, die bürgerliche Kantonsräte in der Vergangenheit mit Erfolg in Zaum halten konnten. Eine Begehrlichkeit ist zum Beispiel, dass einige Kantonsräte der Ansicht sind, dass die Höfner Gemeinden den nationalen Finanzausgleich (NFA) selbst zahlen sollen. Der gesamte Betrag, den der Kanton Schwyz an Bern bezahlen muss, soll durch die Höfner Gemeinden bezahlt werden. Solche Begehrlichkeiten würden durch eine kleine Steuersenkung von 5 % massiv erhöht werden. Der Damm wäre gebrochen. Davon bin ich überzeugt. Wir hätten dann auch eine sehr schlechte Argumentation, dass wir nicht mehr bezahlen müssten. Bei Ihrer Entscheidung bitte ich Sie auch zu beachten, dass nächste Woche im Kantonsrat voraussichtlich die Steuern auf kantonaler Ebene gesenkt werden. Heute haben wir 150 % einer Einheit auf Stufe Kanton. Der Regierungsrat schlägt eine Senkung von 20 % vor, man könnte aber auch um 30 % reduzieren. Ich vermute, dass eine Senkung von 30 % beschlossen wird. Es wird daher eine Steuerentlastung für Sie, geschätzte Steuerzahler und Steuerzahlerinnen, entstehen. Das Timing ist bei einer Senkung wichtig und ich denke - wie der Säckelmeister ausgeführt hat - wenn wider Erwarten der Steuersegen nachhaltig ist, dann können wir eine Senkung nochmals ins Auge fassen. Dann können wir uns mit den anderen Gemeinden darüber abstimmen, damit wir es richtig aufgleisen können. Dadurch können wir auch gute Sachen in den Folgejahren machen. In diesem Sinne bitte ich Sie dem Vorschlag des Gemeinderats, mit der Beibehaltung des Steuerfusses bei 65 % einer Einheit belassen, Ihre Zustimmung zu geben.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank, Marcel Föllmi. Das Wort ist weiterhin frei.

Oliver Flühler, SVP Freienbach

Geschätzte Damen und Herren

Wenn wir jetzt beim Steuerfuss sind, müssen wir über den mehrfach erwähnten Antrag sprechen. Wir konnten es im Höfner lesen, die SVP Freienbach beantragt eine Steuerfussenkung von

65 % einer Einheit auf 60 % einer Einheit. Wir teilen die Überlegungen die gemacht wurden, sowohl jene des Säckelmeisters wie auch diejenigen, die Marcel Föllmi eingebracht hat. Anerkennend sage ich auch zum Säckelmeister, dass er sich alle Mühe gibt die Situation als stabil zu bezeichnen, obwohl man sieht, dass die Situation gut ist. Wir sind der Meinung, dass wir die Steuern um 5 % senken könnten. Nicht nur prospektiv, sondern auch retrospektiv gesehen. Sie haben heute beim Traktandum 2 entschieden, dass wir 17 Mio. Franken zusätzlich abschreiben. Das entspricht ca. 20 Steuerfussprozent. Wir wären durchaus in der Lage den Steuerfuss um 5 % über vier Jahre zu reduzieren und wir hätten nicht mehr gemacht als das Geld in der Kasse zurückzugeben. Wir finden die Beurteilung und ihre Art mutig. Man geht davon aus - nachdem die Steuereinnahmen im Jahr 2021 um 40 % höher als prognostiziert sein werden - dass in Zukunft die Einnahmen nur noch um 12,5 % höher sein werden. Wir gehen davon aus, dass sie weiterhin höher sein werden als die 12,5 %. In diesem Sinne, lassen Sie sich nicht ein zu schlechtes Gewissen einreden. Speichern Sie auch keine neuen Kennzahlen mit dem illusorischen Nettovermögen ab. Ich glaube der Notverkauf steht noch nicht an. Wir können dieser Steuerfussenkung zustimmen. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Ich habe noch eine Zusatzfrage. Der Antrag ist klar. Was möchtet ihr in Bezug auf die Ertragsseite des Budgets machen. Ihr könnt sagen: Steuerfussenkung auf 60 % aber wir rechnen damit, dass wir mit 60 % die gleichen Steuererträge einholen wie der Gemeinderat budgetiert hat. Die andere Variante ist, dass wir auf der Ertragsseite den Steuerertrag entsprechend reduzieren. Aufgrund unserer Berechnung ist 1 % bei den natürlichen Personen Franken 658'000 und bei den juristischen Personen Franken 134'800. Insgesamt ergibt das Franken 792'800. 5 % sind gemäss unserer Budgetierung Franken 3'964'000, rund 4 Mio. Franken. Es geht mir nur um die Klarheit. Möchtet ihr, dass das Budget so bleibt wie es ist oder sollen wir die Erträge reduzieren.

Oliver Flühler, SVP Freienbach

Nein, lasst die Erträge. Wir gehen davon aus, dass diese höher ausfallen werden. Wir möchten die Erträge so belassen.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank, damit ist es geklärt. Bevor wir die Diskussion weiterführen, möchte ich unserem Säckelmeister das Wort für eine Stellungnahme geben.

Alain Homberger, Säckelmeister

Ich habe einige Steuerfussbetrachtungen gemacht und die gehen ein bisschen weiter. Es ist ein wenig kompliziert, aber ich denke man kann es darlegen. Es wurde von einer Auswirkung einer Steuerfussenkung gesprochen. Bei den natürlichen Personen ist 1% Franken 658'000 und bei den juristischen Personen Fr. 134'800. Bei einer Senkung von 5 % ergibt es knapp Franken 4 Mio. gemäss unserer Annahme. Seit vielen Jahren haben wir die Situation, dass es in den drei Höfner Gemeinden identische Steuerfüsse gibt. Das ist für die Zusammenarbeit sehr wichtig und förderlich. Es gibt auch keine Animositäten. Es geschieht ab und zu auch, dass ein guter Steuerzahler – zum Beispiel im letzten Jahr – von Wollerau nach Freienbach zieht. Hier muss keiner sagen, dass es wegen dem Steuerfuss war. Das war einfach, weil er einen Standort gefunden hat, der ihm gefällt. Es gibt eine Nachbargemeinde, die sehr viel mehr Einnahmen verzeichnet aufgrund von Vermögenszunahmen an der Börse bei einer Person, welche auch die Firma in dieser Gemeinde hat. Trotzdem hat diese Gemeinde auf eine Steuersenkung verzichtet. Es wäre aber theoretisch möglich gewesen. Ob die Börse im nächstem Jahr jedoch immer noch so hoch ist und solche Vermögenssteuereinnahmen generiert ist mehr als fraglich. Steuerfussenkungen führen natürlich auch zu anderen politischen Begehrlichkeiten, welche die Stabilität – und ich

.....

meine mit der Stabilität nicht nur die Finanzen der Gemeinde, sondern auch die Verlässlichkeit gefährden. Durch die Verlässlichkeit weiss man wie die Situation in der Gemeinde aussieht und die fälligen Steuerbeiträge bleiben gleich. Wiederkehrende Veränderungen beim Steuerfuss sind nicht sinnvoll. Ich habe Steuerbetrachtungen für die natürlichen Personen über dem Tellerrand aus gemacht. Als Beispiel habe ich 100'000 Franken Einkommen, ein Ehepaar, ohne Kinder, ohne Kirchensteuer und ohne Vermögen genommen. Für ein Paar ist das realistisch. Das ist nicht besonders wohlhabend, aber auch nicht im unteren Bereich der Skala. Ich vergleiche das mit Zug. Zug ist ein absoluter Spitzenreiter bei tiefen Steuern. Im Jahr 2022 wird Zug total 7.41 % des Einkommens abschöpfen. Zug erhält Franken 7'409, der Kanton Franken 5'441 und der Bund ist gleich wie bei uns. In Freienbach haben wir im Jahr 2021 Franken 6'480 bezahlt. Das betrifft den Kanton, den Bezirk und die Gemeinde. Das sind 8,45 %. Wenn wir keine Veränderung vornehmen, werden wir im Jahr 2022 Franken 5'606 Franken (Kanton, Bezirk und Gemeinde) zusammen 7.57 %. Das entspricht dem Antrag des Gemeinderats mit 65 % einer Einheit. Die voraussichtlichen Reduktionen beim Kanton von 150 auf 120 % einer Einheit und beim Bezirk von 15 auf 14 % einer Einheit, führt zu einer Minderbelastung von Franken 874 in diesem Fall. Wenn wir bei der Gemeinde auf 60 % reduzieren würden, gibt es bloss eine Entlastung von zusätzlichen Franken 141. Der Hebel ist nicht sehr gross bei diesen 5 %. Bei der Reduktion von 30 % beim Kanton ist der Hebel viel grösser. Wir kommen beim Antrag von 60 % auf eine Belastung von 7.43 %. Dadurch sind wir immer noch 0.02 % teurer als in Zug. Das wären Franken 20 im Jahr. Ich würde sagen, dass wir auch mit den 160 Franken pro Jahr, die mit dem vorliegenden Antrag teurer sind als Zug, nicht schlecht aufgestellt sind. Bei den natürlichen Personen kann man das durchaus diskutieren. Nicht aufgrund der Finanzen von Freienbach, sondern aufgrund des Quervergleichs. Beim Vergleich der juristischen Personen ist dieser Antrag nicht sinnvoll. In Zug zahlen juristische Personen mit einem Gewinn von Fr. 100'000 und einer entsprechend genügenden Kapitalisierung inkl. Kultussteuer 11.86 %. Bei 60 % würden wir bei den juristischen Personen 11.67 % bezahlen. Wir wären bedeutend günstiger als Zug. Ich weiss nicht, ob das so schlau wäre. Im internationalen Vergleich gibt das Animositäten. Nebst den Animositäten ist eine Steuer unter 12 % für juristische Personen gemäss der EU als schädliche Steuerpraxis definiert. Insbesondere die nordischen Staaten veranlagten juristische Personen, die in beiden Staaten steuerpflichtig sind, wenn sie eine Steuer unterhalb dieser Schwelle der Schädlichkeit bezahlt haben. Sie veranlagten diese juristische Person als Ganzes und ziehen die Vorsteuer aufgrund des Doppelbesteuerungsabkommen ab. Das wären bei und Franken 11'671, aber in Schweden wären es zum Beispiel 30 %. Die Differenz müssten sie in Schweden abliefern. Ob das so schlau ist für die juristischen Personen, weiss ich nicht. Ich würde sagen eher nicht. Eigentlich müssen wir, wenn wir besonders klug wären, die Steuern für die juristischen Personen erhöhen. Die Senkung des Bezirks von 15 % auf 14 % ist ein Kapitalfehler. Das hätte nicht passieren dürfen. Die juristischen Personen haben ein Problem, wenn wir unter 12 % kommen. Sie waren natürlich bereits vorher unter 12 % wie auch Zug. Aber in einem solchen Fall muss man einfach ganz stillhalten und hoffen, dass man nicht auf den Radar kommt. Wenn wir auf 11.67 % kommen, kommen die juristischen Personen bestimmt auf diesen Radar. Aufgrund dieser Betrachtung schlage ich vor, dass wir abwarten wie es sich weiterentwickelt. Ich bin wie gesagt ein Optimist, aber kein blinder. Vielleicht ist wirklich eine höhere Nachhaltigkeit in den Steuererträgen vorhanden. Ein Grossteil unserer Steuererträge sind - nicht nur bei unserer Nachbargemeinde, sondern auch bei uns - Vermögenssteuern aufgrund dieser wahnsinnigen Börsenentwicklung. Ob das auch im nächsten Jahr so ist, wissen wir nicht. Danach müssen wir ernsthaft über den Steuerfuss für natürliche Personen diskutieren. Ich würde vorschlagen, dass wir den Steuerfuss für die natürlichen und die juristischen Personen differenziert anschauen. Statt 11.67 % bei 12.02 % liegt. Sie sehen dem Unterschied in Franken, das tut nicht wirklich weh. Dann wären unsere Firmen, die multinational tätig sind, bestens bedient mit 12.02 %. Diese Überlegungen möchte ich fundiert durchführen. Der Kanton reduziert seinen Steuerfuss von

150 % auf 120 %, allerdings nur für natürliche Personen. Die juristischen Personen bleiben bei 160 %, genau wegen diesen Überlegungen. Nur wir in der Höfe haben das Problem, dass wir unter diese 12 % kommen. Wir müssen dieses Problem lösen, das kann der Kanton nicht für uns lösen. Es wäre auch unfair gegenüber anderen Firmen, die mehr Gemeinde- und Bezirkssteuern bezahlen. Es ist ein sehr komplexes System und ich möchte mir ernsthaft überlegen, welche klugen Vorschläge ausgearbeitet werden können. Wir können auch gerne zusammen darüber diskutieren. Bei der letzten Steuersenkung auf 65 % haben wir auch mit allen Parteien darüber diskutiert. Ich finde es auch klug, dass in einer solchen Diskussion Pro und Contra zusammengeführt werden. Jetzt eine "Hauruckaktion" durchzuführen, insbesondere im Hinblick auf die juristischen Personen, fände ich fatal und ich rate dringend davon ab.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank, Alain Homberger. Sie haben die Ausführungen des Säckelmeisters gehört. Das nimmt niemandem heute Abend das Recht, getrennte Steuerfüsse für juristische und natürliche Personen zu beantragen. Wir haben jetzt einen Antrag für 60 % für beide. Aber falls jemand eine Trennung wünscht, ist das möglich.

Alex Lacher

Guten Abend meine Damen und Herren, Herr Präsident

Ich lasse mich von dieser verführerischen Idee, die der Gemeindepräsident soeben gesagt hat, hinreissen. Es geht hierbei um die Trennung der Steuerfüsse für juristische und natürliche Personen. Es wurde von Marcel Föllmi gesagt, dass eine Steuersenkung grundsätzlich möglich ist. Sie ist machbar und auch verkraftbar. Ich erlebe es in der Politik oft, dass man chronisch zur konservativ ist. Das ist die Aufgabe des Säckelmeisters. Er muss vorsichtig budgetieren und es muss nachhaltig sein. Sie bemerken, dass vielen Zahlen viele Vorbehalte und viele Eventualitäten beinhalten. Ich denke durchaus, dass wir als Bürgerinnen und Bürger ein wenig mutiger sein können. Ich begreife aber auch die Abwägungen bei den juristischen Personen. Hier könnte man Sachen auslösen, die schwierig werden könnten. Deshalb komme ich auf das Angebot des Gemeindepräsidenten zurück und möchte einen weiteren Antrag in den Raum stellen. Der Steuerfuss soll nur für die natürlichen Personen auf 60 % gesenkt werden. Der Steuerfuss für die juristischen Personen soll unverändert bleiben. Ich denke, dass ist ein vernünftiger Kompromiss.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank, Alex Lacher. Oliver Flühler, hältst du an deinem Antrag auf 60 % fest? Gut. Das Wort ist weiterhin frei.

Verena Vanomsen, SP Freienbach

Geschätzte Gemeinderätinnen, geschätzt Gemeinderäte
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Mit Interesse haben wir die jetzige Diskussion um die marginale Steuerfussenkung verfolgt. Ich danke dem Säckelmeister für diese differenzierte Auslegeordnung und ich möchte sie darum bitten, den Gemeinderat zu unterstützen den Steuerfuss beizubehalten. Drei Punkte bringen mich zur Überzeugung, dass jetzt nicht der richtige Zeitpunkt ist, um die Steuer zu senken. Erstens sehen Sie, dass der Gewinn für Sie als Einzelperson marginal ist. Die Ausfälle seitens der Gemeinde sind erheblicher und es wird automatisch Druck erzeugt. Auch wenn man durch die Steuersenkung kein Sparpaket schnüren möchte, wird dieser Druck kommen. Das Signal an die umliegenden Gemeinden und an den Kanton ist der zweite Punkt. Möchten wir diesen Steuerwettbewerb weiter anheizen? Ich bin überzeugt, dass es der falsche Moment ist. Wir sollten die Nachhaltigkeitserkenntnisse, welche uns vom Gemeinderat versprochen wurden, abwarten. Als letzter Punkt: Kontinuität ist ein Standortvorteil. Die letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass es

immer wieder Veränderungen geben wird. Es passieren in dieser Welt Überraschungen, auch bei uns in der Gemeinde Freienbach. Wer weiss schon, was in einem Jahr ist. Wir möchten eine verlässliche und nachhaltige Steuerpolitik. Deshalb bitte ich Sie, den Gemeinderat zu unterstützen und bei Anträgen abzulehnen. Besten Dank.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank, Verena Vanomsen. Das Wort ist weiterhin frei.

Lorenz Ilg, GLP Freienbach

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Ich darf im Namen der Grünliberalen sprechen. Wir haben diese Anträge gehört. So gerne wir dieser Versuchung der Steuersenkung nachgeben möchten, finden wir, dass es keine nachhaltige Idee ist. Ich möchte dem Säckelmeister für diese gute Darstellung danken. Ich hätte mir auch noch andere Beispiele gewünscht wie zum Beispiel mit Einnahmen von Franken 250'000 oder mit einem Vermögen von Franken 1 Mio. oder 5 Mio. Dann hätten die Zahlen noch spannender ausgesehen. Meine Damen und Herren, der Kantonstarif spürt man bei einem grösseren Einkommen. Das ist gut, da der Kanton umverteilt und mehr abschöpft. Wenn der Kanton die Steuern möglicherweise senkt, der Regierungsrat beantragt 20 %, die FDP 30 % und die SVP 40 %, wird es eventuell bei 30 % landen. Diese Debatte werden wir nächste Woche im Kantonsrat führen. Es wird sicher nicht einfach sein dagegenzuhalten. Wenn der Kanton seine Steuern senkt, haben wir in der Gemeinde einen kleineren Spielraum, um die Steuern zu senken. Wir sind bereits Weltmeister. Wir sind bereits fast am tiefsten Punkt. Wem das nicht reicht: Zug ist nicht weit weg. Nach meiner Ansicht ist es nicht nachhaltig. Wir haben gesehen, was auf der Ausgabenseite passiert, wenn wir und bereits 2023 / 2024 mit Franken 20 Mio. verschulden. Möchten Sie das für künftige Generationen. An die Jungen unter uns: Möchten wir das? Das sind Schulden die zunehmen, das sind Schulden, die Zinsen kosten. Ist das nachhaltig meine Damen und Herren? Möchten wir unseren Jungen, unseren Nachkommen, gesunde Gemeindefinanzen hinterlassen, eine coole und schöne Mehrzweckhalle bieten, Schulen, die mit dem Leistungsangebot entgegenkommen und Infrastruktur, die uns Hilfe bieten? Meine Damen und Herren, wir von den Grünliberalen unterstützen diese Nicht-Nachhaltigkeit nicht. Wir möchten uns nicht zusätzlich verschulden. Wir möchten nicht auf den Radar der EU und der OECD geraten. Eventuell ziehen daraufhin auch einige Firmen weg. Dann sind die Einnahmen schnell abnehmend. Ich möchte Sie nochmals an eine Folie erinnern. Wenn man bei den natürlichen Personen den Steuerfuss um 5 % senkt, macht es Franken 3.3 Mio. aus. Bei den juristischen Personen macht es lediglich Franken 675'000 aus. Bringt es das, wenn wir mit der Steuersenkung riskieren, dass juristische Personen abwandern? Ich finde es nicht klug und mache Ihnen beliebt diesem Antrag, zumindest heute und in diesem Jahr, nicht stattzugeben. Besten Dank.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank, Lorenz Ilg, für deine Ausführungen. Das Wort ist weiterhin frei.

Norbert Knechtle, Präsident Rechnungsprüfungskommission

Guten Abend miteinander

Ich möchte aus Sicht der RPK zu Ihnen sprechen. Wir haben uns intensiv mit dem Steuerfuss auseinandergesetzt. Ich möchte Ihnen ein paar Hintergründe für unsere Entscheidung zum Steuerfuss von 65 % mitteilen. Wir sind geschlossen für 65 %. Wir haben vor allem die Investitionsrechnung angeschaut. Wir sehen da, dass wir im Schnitt ca. Franken 10 Mio. ausgeben möchten. Dies betrifft nicht nur die abgebildete Periode in der Botschaft, sondern auch die nächsten 10 Jahre. Das bedeutet, dass wir das Geld in der Zukunft wirklich brauchen. Dazu gehören der Werkhof und die Schulanlage Schwerzi, um nur zwei Beispiele zu nennen. Es besteht zum Teil

.....

auch ein Nachholbedarf. Wir möchten nicht auf alle Argumente eingehen, die meisten wurden durch den Säckelmeister und die Vorredner bereits gesagt. Wichtig scheint mir, dass wir nichts überstürzt entscheiden, sondern es wie erwähnt mit Bedacht ins Auge fassen. Deshalb ist die RPK zum Entschluss gekommen, dass wir die vorsichtige und konstante Steuerpolitik unterstützen möchten und bei 65 % bleiben möchten. Besten Dank.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank, Norbert Knechtle. Das Wort ist weiterhin frei.

Xavier Igloi, FDP Freienbach

Ich spreche im Namen der FDP Freienbach. Es war eine harte Diskussion. Es ist immer schön, wenn wir weniger zahlen müssen. Hier aber stellen wir uns klar hinter den Säckelmeister. Es ist wichtig, dass wir in die Zukunft denken. Es ist wichtig, dass wir nicht voreilig Entschluss fassen, der uns an der Zukunft hindern wird. Für uns ist es klar ein Schuss in den Fuss. Es ist immer schwieriger eine Steuer zu erheben als zu senken. Wir wissen nicht, wie das nächste Jahr sein wird. Es ist deshalb wichtig, dass Sie heute geschlossen hinter dem Antrag des Gemeinderats sind. Besten Dank.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank, Xavier Igloi für die Ausführungen. Das Wort ist weiterhin frei. Das Wort wird nicht verlangt. Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben drei Anträge:

Wir haben einen Antrag auf Senkung des Steuerfusses um 5% einer Einheit auf 60% einer Einheit für natürliche und juristische Personen und einen Antrag um Senkung des Steuerfusses um 5 % einer Einheit nur für natürliche Personen. Der Antrag des Gemeinderats beinhaltet die Belassung des Steuerfusses bei 65 % einer Einheit für natürliche und juristische Personen.

Der Abstimmungsvorgang ist wie folgt:

Zuerst werden die beiden Abänderungsanträge einander gegenübergestellt. Ich werde Sie fragen, wer dem Antrag von Oliver Flühler zustimmen und wer dem Antrag von Alexander Lacher zustimmen möchte. Das Antrag der obsiegt, wird anschliessend dem Antrag des Gemeinderats gegenübergestellt. Ist das klar?

Wir kommen zur Abstimmung. Im ersten Mehr ist der erste Abänderungsantrag von Oliver Flühler. Wer dem Antrag von Oliver Flühler mit der Senkung des Steuerfusses auf 60 % einer Einheit für natürliche und juristische Personen zustimmen möchte, soll jetzt die Hand heben. Danke.

Wer den Antrag von Alexander Lacher annehmen möchte mit der Senkung des Steuerfusses auf 60 % einer Einheit nur für natürliche Personen und die Belassung des Steuerfusses bei 65 % einer Einheit für juristische Personen soll jetzt die Hand heben. Das zweite Mehr ist klar grösser. Stimmzähler, teilt ihr diese Auffassung? Gut.

Wir kommen zur Gegenüberstellung des obsiegtens Antrags von Alexander Lacher gegenüber dem Antrag des Gemeinderats. In das erste Mehr kommt der Antrag von Alexander Lacher mit der Senkung des Steuerfusses auf 60 % einer Einheit nur für natürliche Personen und die Belassung des Steuerfusses bei 65 % einer Einheit für juristische Personen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll jetzt die Hand heben.

Wer dem Antrag des Gemeinderats mit der Belassung des Steuerfusses bei 65 % einer Einheit für natürliche und juristische Personen zustimmen möchte, soll jetzt die Hand heben. Das zweite Mehr ist klar grösser. Stimmzähler teilt ihr meine Auffassung. Besten Dank, Sie haben den

Steuerfuss bei 65 % einer Einheit festgesetzt beziehungsweise belassen. Gibt es noch weitere Wortmeldungen zum Leistungsauftrag Finanzen? Keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Beratung der Investitionsrechnung. Sie finden diese auf der Seite 61 nach Institutionen, auf der Seite 62 nach Arten und auf den Seiten 63 und 64 nach Institutionen und Arten gegliedert. Die Beschlussfassung heute betrifft nur die grau hinterlegten Zahlen für das Budget 2022. Zum Finanzplan 2023 bis 2025 kommen wir anschliessend.

Das Wort zur Investitionsrechnung ist frei. Keine Wortmeldung.

Wir kommen zum Finanzplan 2023 bis 2025.

In Bezug auf die laufende Rechnung finden Sie diese als "Gesamtübersicht 2022 bis 2025" auf der Seite 46, als "Gestuffer Erfolgsausweis" auf der Seite 47, «Nach Institutionen» auf der Seite 48 und "Nach Institutionen und Arten" auf den Seiten 49 bis 60.

Den Finanzplan in Bezug auf die Investitionsrechnung finden Sie auf den Seiten 61 nach Institutionen, auf der Seite 62 nach Arten und auf den Seiten 63 und 64 nach Institutionen und Arten.

Die Entwicklung der Finanzkennzahlen ist auf der Seite 65 dargestellt.

Ich weise darauf hin, dass es sich bei den Zahlen im Finanzplan nur um orientierende Inhalte handelt, dass also keine Anträge zum Finanzplan möglich sind.

Gibt es Wortmeldungen zum Finanzplan 2023 bis 2025 in Bezug auf die Laufende Rechnung? Keine Wortmeldung.

Gibt es Wortmeldungen zum Finanzplan 2023 bis 2025 in Bezug auf die Investitionsrechnung? Keine Wortmeldung.

Gibt es Wortmeldungen zur Entwicklung der Finanzkennzahlen 2022 bis 2025?

Wir kommen jetzt zur eigentlichen Schlussabstimmung. Wir stimmen dabei in einer Abstimmung über die Leistungsaufträge, über sämtliche Globalbudgets, den Steuerfuss und das Investitionsbudget ab.

Sie finden den Antrag des Gemeinderats auf Seite 66 der Botschaft. Er lautet wie folgt: Die Gemeindeversammlung genehmigt den vorliegenden Voranschlag 2022 mit den Leistungsaufträgen und Globalbudgets mit einem Steuerfuss von 65 Prozent einer Einheit.

Heute haben Sie folgende Änderungen beschlossen:
Zusätzlich Franken 20'000.- im Globalbudget Bildung zur Abklärung eines weiteren Standorts für eine Tagesschule.

Wer das Budget 2022 mit den heutigen Anpassungen genehmigen will, möge dies per Handerheben bezeugen. Gegenmehr?

Ich erachte das erste Mehr als klar grösser. Stimmzähler seht ihr das genauso? Sie haben das Budget 2022 genehmigt, herzlichen Dank.

Wir kommen nun zu den 3 Traktanden, welche der Urnenabstimmung vom 13. Februar 2022 unterliegen.

4. Sachgeschäft Ergänzung Baureglement betreffend Mobilfunkanlagen

Sie finden die Erläuterungen zu diesem Geschäft auf den Seiten 69 bis 73 der Botschaft.

Ich gebe das Wort nun dem Sprecher des Gemeinderats, Vizepräsident Werner Schnellmann, Ressortvorsteher Raum und Umwelt.

Werner Schnellmann, Ressortvorsteher Raum und Umwelt

Guten Abend meine Damen und Herren

Auch ich möchte euch herzlich begrüßen. Von Zahlen haben wir jetzt genug gehört. In meinem Sachgeschäft geht es um die Anpassung eines bestehenden Reglementsartikels. Die Ausgangslage ist wie folgt: Wenn wir weiterhin vernünftig telefonieren möchten, müssen wir eine Möglichkeit bieten, eine neue Mobilfunkanlagen erstellen zu können. Grundsätzlich haben diese bis jetzt innerhalb der Bauzone zu stehen und brauchen eine Baubewilligung. Die Gemeinden können - sofern sie die rechtlichen Anforderungen des Umwelt- und Fernmeldegesetz erfüllen - auf den Standort Einfluss nehmen, nicht aber auf die Kontrolle oder den Schutz vor der Strahlung. Das liegt in der Hoheit der Kantone. Wir haben auf dem ganzen Gemeindegebiet 23 bestehende Antennen. 6 Antennen sind ausschliesslich für die SBB, die SOB und das Astra. Es gibt zurzeit vier hängige Verfahren. Wir haben im Februar 2019 mit diesem Geschäft gestartet. Im September 2019 wurde informiert, das Mitwirkungsverfahren gemacht und die Eingaben behandelt. Von Februar bis März 2020 war die öffentliche Auflage. Die Einsprachen wurden behandelt. Mit unserem Gemeinderatsbeschluss waren die Einsprecher nicht einverstanden und gingen vor die Regierung. Die Regierung gab den Einsprechern teilweise Recht. Die Anpassungen wurden vorgenommen. Zum einen wurde der Prioritätenwechseln von den Priorität 3 in die Priorität 2 vorgenommen und zum anderen die Ergänzung der Abstandsregelung der Industrie- und Gewerbezone zu den restlichen Zonen von 50 Metern. Wir möchten ein Kaskadenmodell, in welchem ersten Priorität die Industrie- und Gewerbezone haben, in der zweiten Priorität ist die gemischte Zone und in der dritten Priorität die reine Wohnzone ist. Mit der Anpassung des Artikels 11a können wir zudem den Betreiber oder den Gesuchsteller auffordern, dass er einen Nachweis erbringen muss, dass er keine andere Möglichkeit hat. Seit 2018 haben wir eine Planungszone erlassen. Wir haben diese Planungszone in diesem Sommer um zwei Jahre verlängert. Diese bleibt bis zur Abstimmung Mitte Februar bestehen. Unabhängig ob die Abstimmung positiv oder negativ ausfällt, wird diese Planungszone aufgehoben. Bei einer positiven Abstimmung wird es um den Artikel 11a erweitert, ansonsten bleibt der Artikel 11 bestehen. Der Gemeinderat empfiehlt, das Geschäft an die Urnenabstimmung vom 13. Februar 2022 zu überweisen.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank, Herr Vizepräsident.

Ich gebe jetzt die Diskussion zu diesem Sachgeschäft frei. Bitte beachten Sie, dass es sich um ein Raumplanungsgeschäft handelt. Gemäss § 27 Abs. 2 PBG sind daher keine Änderungsanträge zu diesem Geschäft zulässig.

Das Wort ist frei. Keine Wortmeldung. Das Geschäft wird unverändert an die Urne überwiesen.

5. Sachgeschäft Teilrevision Feuerwehreglement/Einführung Feuerwehrbeitrag

Sie finden die Erläuterungen zu diesem Sachgeschäft mit dem Antrag des Gemeinderats und der Stellungnahme der RPK auf den Seiten 74 bis 76 der Botschaft.

Ich übergebe das Wort dem Sprecher des Gemeinderats, Gemeinderat Guido Cavelti, Ressortvorsteher Liegenschaften und Sicherheit.

Guido Cavelti, Gemeinderat

Geschätzte Stimmbürgerin, geschätzte Stimmbürger

Wir möchten die Finanzierung der Feuerwehr erweitern, in dem wir neu einen Feuerwehrbeitrag bei Gebäude- und Anlagenbesitzer erheben möchten. Das Ganze setzt voraus, dass wir eine Teilrevision des heute geltenden Feuerwehrreglements machen. Die Feuerwehr ist spezialfinanziert. Das heisst, dass keine Steuergelder hineinfließen. Die Feuerwehr wird weitestgehend durch Ersatzabgaben von natürlichen Personen finanziert. Alle Personen die zwischen 20 und 52 Jahre alt sind und keinen Feuerwehrdienst leisten, zahlen pro Jahr einen Beitrag zwischen Franken 75 und 330. Dieser Beitrag ist einkommensabhängig. Die Feuerwehr hat ein Budget von ca. Franken 1.3 Mio. Wir haben einige Herausforderungen. Die Einnahmen aus den Ersatzabgaben sinken. Zwischen 2019 und 2020 wurden 230 Personen älter als 52 und sind somit aus der Beitragspflicht ausgeschieden. Dafür sind aber nur 130 Personen nachgerückt, die 20 Jahre alt wurden. Auf der anderen Seite haben wir altersbedingte Fahrzeugwechsel. Wir planen auch, dass das Feuerwehrlokal saniert und erweitert wird. Es öffnet sich eine gewisse Schere. Die Einnahmen gehen zurück und auf der anderen Seite steigen die Aufwände. Wir könnten auch die Ersatzabgabe bei den 20- bis 52-Jährigen erweitern oder wir können eine Möglichkeit nutzen, die uns das kantonale Feuerschutzgesetz bietet. Nämlich, dass wir bei den Gebäude- und Anlageneigentümern einen Feuerwehrbeitrag erheben. Wir finden das eine verursachergerechte Lösung. Wenn es brennt, brennt es in der Regel in den Häusern. Mit dieser Lösung werden neu auch Gewerbebetriebe, Bürogebäude, Ladenlokale und Einkaufszentren in die Finanzierung miteinbezogen und es liegt nicht alles bei den 20- bis 52-Jährigen. In einem ersten Schritt geht es jetzt darum, dass wir diesen Feuerwehrbeitrag erstmalig einführen. Es braucht einen Beschluss an der Gemeindeversammlung, dass es an die Urne überwiesen wird und es braucht auch ein Ja der Stimmbürgerschaft an der Urne. Anschliessend geht es darum, die Bemessungsgrundlage festzulegen. Die Bemessungsgrundlage ist ein Promillesatz bezogen auf den Neubauwert einer Immobilie. Das wird zu einem späteren Zeitpunkt gemacht. Wir werden das zusammen mit dem Voranschlag vorlegen. Dieser Neubauwert finden Sie auch auf Ihrer Versicherungspolice. Das ist der Versicherungswert der Immobilie. Das kantonale Recht sagt aber, dass wir maximal 0.25 Promille besteuern dürfen. Wir legen folgende Änderung des Feuerwehrreglements vor. Im Absatz 1 heisst es: Der Gemeinderat legt den Satz für den Feuerwehrbeitrag von den Gebäuden- und Anlageneigentümern alljährlich bei der Verabschiedung des Voranschlages fest. Damit wird gesagt, dass dieser Feuerwehrbeitrag eingeführt wird. Im zweiten Absatz steht: Der vom Gemeinderat definierte Satz darf 0.25 Promille des Neubauwerts nicht übersteigen. Das sind die Änderungen, die wir Ihnen vorschlagen. Ich möchte Ihnen nun auch noch etwas zu den Zahlen sagen. Was ist mit dem Promillebetrag, was heisst das in Franken? Ich kann es Ihnen leider im Moment nicht sagen. Wir haben aber ein paar Anhaltspunkte, um trotzdem etwas sagen zu können. Wir wissen, dass es in der Gemeinde Freienbach 2'700 Gebäude und 6'400 Stockwerkeigentümer gibt. Die Frage ist nun, wie hoch der Neubauwert von allen zusammen ist. Wir haben das aus verschiedene Arten versucht, ausfindig zu machen. Wir haben die grossen Versicherungen angefragt, wir haben mit dem schwyzerischen Versicherungsverband gesprochen, wir haben die Fachstelle Gebäudeschätzung und das Bundesamt für Statistik angefragt. Es gab Datenschutzgründe, wieso wir nicht zu den gebrauchten Informationen gekommen sind und andere wissen es einfach nicht. Hätten wir eine kantonale Gebäudeversicherung, könnte diese Auskunft geben. Wir haben eine grobe Schätzung gemacht. Die Schätzung hat ergeben, dass es in der Gemeinde Freienbach einen Neubauwert von Franken 5 Mia. gibt. Die Gemeinde Ingenbohl hat dieses Instrument bereits eingeführt. Der Gesamtwert des Kantons Schwyz ist auch bekannt und

.....

mit dieser Ableitung kamen wir zum Entschluss, dass diese Franken 5 Mia. realistisch sind. Wenn wir beispielhaft 0.1 Promille über diese Franken 5 Mia. legen, ergibt das einen Ertrag von Franken 500'000. Das ist genau in etwa die Zielgrösse, die wir anstreben. Ich habe vorhin von Franken 1.3 Mio. gesprochen. Wir können die Modellrechnung auch einfacher machen, wenn wir von Franken 1 Mio. ausgehen. Franken 500'000 möchten wir durch diese neue Abgabe vom Gebäude- und Anlageneigentümer erhalten. Dadurch können wir die Belastung der 20- bis 52-Jährigen entsprechen reduzieren. Mit anderen Worten heisst das, dass wir zuerst bei den Gebäude- und Anlageneigentümern den Wert erfragen müssen. Danach wissen wir wie hoch die Gesamtsumme ist. Anschliessend können wir den genauen Tarifsatz festlegen und Ihnen im Rahmen des Voranschlags vorlegen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es eine gerechte Sache ist. Wir können es auf mehrere Schultern verteilen und deshalb empfiehlt Ihnen der Gemeinderat diesem Sachgeschäft zuzustimmen.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank, Guido. Ich eröffne die Diskussion zu diesem Sachgeschäft. Das Wort ist frei.

Marc Lutzmann

Guten Abend miteinander

Ich habe mich heute Abend gefragt, wie dieser Neubauwert ermittelt wird. Du hast gesagt, dass man diesen Wert erfragen wird. Es gibt viele Liegenschaftsbesitzer, die diese Liegenschaft einmal gekauft haben. Ich stelle mir das noch ein wenig kompliziert vor. Möchte man sich nicht auf einen Gebäudeversicherungswert abstützen. Das würde den administrativen Aufwand wahrscheinlich wesentlich erleichtern.

Guido Cavelti, Ressortvorsteher Liegenschaften und Sicherheit

Eigentlich geht es um den Versicherungswert. Man kann diesen auch bei der kantonalen Vermögenssteuerschätzung herausfinden. Das sind zwei bis drei Seiten, die sie von der kantonalen Steuerverwaltung erhalten. Darin wird festgelegt, welchen Steuerwert die Immobilie hat und wie hoch der Neubauwert ist. Wir werden den einfachsten Weg gehen und nach dem Versicherungswert fragen.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank. Wir haben im kantonalen Feuerschutzgesetz vorgeschrieben, dass wir den Beitrag auf den Neubauwert bemessen müssen. Wir haben keine Möglichkeit eine andere Bemessungsgrundlage zu wählen. Der Steuerwert wäre viel einfacher. Da gebe ich dir recht. Das kantonale Recht schreibt aber vor, dass wenn wir einen Feuerwehrbeitrag einführen, dass dann die Bemessung auf dem Neubauwert erfolgen muss. Der höchste Betrag liegt bei 0.25 Promille. Gibt es weitere Wortmeldungen?

Thomas Brunner

Guten Abend miteinander

Mein Name ist Thomas Brunner. Ich habe eine Frage. Muss ein Gebäudeeigentümer doppelt Steuern bezahlen, wenn er Feuerwehersatzabgabepflichtig ist? Da er zwischen 20 und 52 Jahre alt ist und gleichzeitig eine Liegenschaft besitzt.

Guido Cavelti, Ressortvorsteher Liegenschaften und Sicherheit

Das ist so. Liegenschaftsbesitzer, die zwischen 20 und 52 Jahre alt sind, zahlen doppelt. Unsere Modellrechnungen zielen darauf ab, dass genau diese Personen schlussendlich günstiger davonkommen. Heute liegt das Maximum bei Franken 330 für Eigentümer und wenn man die Ersatzabgabe als Person bezahlt, sollte es günstiger sein. Das ist unser Ziel.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank. Das Wort ist weiterhin frei. Keine weiteren Wortmeldungen.
Das Geschäft wird ohne Änderungen an die Urne überwiesen.

6. Sachgeschäft Neubau Werkhof Roggenacker, Pfäffikon

Sie finden die Erläuterungen zu diesem Sachgeschäft mit dem Antrag des Gemeinderats und der Stellungnahme der RPK auf den Seiten 77 bis 86 der Botschaft.

Ich übergebe das Wort dem Sprecher des Gemeinderats, Gemeinderat Guido Cavelti, Ressortvorsteher Liegenschaften und Sicherheit.

Guido Cavelti, Gemeinderat

Geschätzte Damen, geschätzte Herren

Die Stimmbürgerschaft hat im September über den Landkauf abgestimmt. Darüber sind wir sehr froh. Jetzt geht es um das Hauptgeschäft. Das folgt der gleichen Logik, wie ich es bereit an der letzten Gemeindeversammlung gesagt habe. Im Gwatt ist die Feuerwehr und der Werkhof. Beide haben zu wenig Platz. Der Werkhof ist seit 1988 dort. In der Zwischenzeit ist die Bevölkerung gewachsen und der Werkhof hat zusätzliche Aufgaben übernommen. Auch die Ansprüche der Bevölkerung sind gestiegen. Wir möchten entflechten und den Werkhof herausnehmen, damit der Feuerwehrtstützpunkt dort bleiben und sich auch entwickeln kann. Wir haben heute das Hauptquartier im Gwatt und Sie sehen hier noch vier weitere Aussenstandorte die gebackt werden, da der Werkhof zu wenig Platz im Gwatt hat. Das erzeugt ein ständiges Hin- und Herfahren und ist nicht klug. Es wäre besser, wenn alles am gleichen Ort ist. Wir haben nach einer Fläche gesucht, die diese Entflechtung ermöglicht. Wir haben bei Privaten, beim Kanton, bei der Korporation und bei gemeindeeigenem Land Abklärungen gemacht. Die Gemeinde hat viel Land in der Birchweid, aber das ist nicht geeignet. Auch das Rebmatli ist nicht für einen Werkhof geeignet. Wir haben einen Standort gefunden und zwar unter der Schusslinie des 300 Meter – Schützenstands. Hier ist wichtig, dass die Schiessanlage nicht in Frage gestellt wird. Das ist vertraglich langfristig gesichert. Der Vorteil diese Lösung liegt darin, dass der Werkhof nach der Fertigstellung umziehen kann. Bei einer Erweiterung im Gwatt müsste der Werkhof während des Baus wegziehen und nach Fertigstellung wieder zurückziehen. Ein weiterer Vorteil ist, dass es sich hierbei um gemeindeeigenes Land handelt - mit der Ausnahme desjenigen rechtlichen Gegenstands das Sachgeschäfts vom September war. Es liegt auch in der richtigen Zone, der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen. Am Standort Gwatt ergibt sich so künftig genügend Platz für die Sicherheitsorganisation, die Stützpunktfeuerwehr, Sanitätseinsatzelemente, etc. Was beinhaltet diese Projekt? Es ist ein Generationenprojekt. Wir haben uns bemüht, in die nächsten Jahrzehnte zu schauen. Der Werkhof soll die nächsten 30 bis 40 Jahre dort beheimatet sein. Wir haben auch versucht, den künftigen Bedarf abzuschätzen. Das ist natürlich sehr schwierig. Uns ist es deshalb auch wichtig, dass dieses Projekt flexibel und funktionell ist. Funktionell bedeutet, dass man dort auch gut arbeiten kann. Wichtig ist auch, dass wir Landreserven haben. Das ist dort der Fall. Diese können bei Bedarf für Erweiterungsbauten gebraucht werden. Das Projekt hat genügend Aussenflächen, um Sachen zu verladen und für diverse Abstellplätze (Mulden, Pressmulden, etc.). Wir möchten in Zukunft auf die Tierkadaverstellen verzichten. Heute gibt es im Gwatt eine Sammelstelle inkl. Kühlanlage. Das Projekt Werkhof hat mehrere Phasen der Projektoptimierung und Projektverdichtung hinter sich. Dabei haben wir uns bewusst überlegt, was wichtig und was weniger wichtig ist. Zusammen mit dem Werkhof kamen wir zum Entscheid, dass es sich hierbei um keine Kernaufgabe des Werkhofs handelt. Man hat es bisher immer

.....

klaglos gemacht, aber es ist nicht der Traumjob, dort zu arbeiten. Es gibt bereits eine Tierkörperkadaverstelle im Lidwil, Altendorf schräg gegenüber der Livique. Diese kann man mitbenützen. Wir müssen eine Kostenbeteiligung leisten. Das müssen wir notabene heute schon machen. Es vereinfacht das Leben im Werkhof. Wir sind der Meinung, dass es zumutbar ist. Ab der Gemeindegrenze sind es noch 700 Meter bis zum Lidwil, vom jetzigen Standort aus sind es 2.2 Kilometer. Das Projekt umfasst die Gebäude, das Personal, die Werkstatt, die Lagerräume, einen Lift etc. Das Projekt wurde komprimiert und deshalb ist mehr Arbeitsmaterial im Obergeschoss und ein Lift wird benötigt. Es gibt auch eine Osmoseanlage für die Fahrzeuge. Das hat mit der Dachfassung des Regenwassers zu tun. Ich werde später nochmals darauf zurückkommen. Ich wurde in den letzten Tagen gefragt, was mit der Entsorgungssammelstelle geschieht. Es geschieht nichts. Entsorgen werden wir weiterhin bei der Firma Landolt. Das hat nichts mit dem Werkhof zu tun. Hier sehen Sie eine Visualisierung. Das ist der Schützenstand, bei dem geschossen wird. Dies ist die Fläche, die die Gemeinde kaufen konnte (Sachgeschäft September). Das ist der eigentliche Werkhof, verteilt auf ein Erd- und ein Obergeschoss und hinten sehen Sie die Erweiterungsmöglichkeiten. Sie erreichen dem Werkhof via Schindellegistrasse und biegen in die Eichenstrasse ab. Hier sehen Sie auch die eingezeichneten Parkplätze. Deshalb haben wir solche Freude an der positiven Abstimmung im September. Diese Parkplätze werden erhalten. Es gibt heute bereits eine Mehrfachnutzung und in Zukunft wird das noch mehr der Fall sein. Die Mitarbeitenden des Werkhofs, die Besucher, der Schützenverein und auch die Mitarbeitenden der SpiteX werden dort parkieren. Hier noch eine andere Visualisierung. Hier sehen Sie einen Siloturm und nochmals das mögliche Erweiterungsgebiet. Noch ein paar ökologische Eckpunkte. Durch diese Verdichtung gelingt es uns, zwei Nutzungen am selben Ort unterzubringen. Das Land ist knapp, besonders bei und in der Gemeinde Freienbach. Das Projekt beinhaltet auch Steckdosen für Elektrofahrzeuge. Das heisst nicht, dass der ganze Werkhof heute umgerüstet wird, aber bei künftigen und mittelfristigen Ersatzbeschaffungen wird geprüft, ob es eine Elektrovariante gibt. Der Salzsilo wird mit einer Photovoltaikanlage für den Eigengebrauch versehen. Wir werden einen Viertel des gesamten Bedarfs durch diese Photovoltaikanlage decken können. Die Wärmeerzeugung des Gebäudes erfolgt via Erdsonde. Es gibt auch ein Retentionsbecken. Das ist ein Rückhaltebecken für Oberflächenwasser. Unter der Einstellhalle ist ein Auffangbecken für Dachwasser geplant. Dies wird für die Fahrzeugreinigung, die Strassenreinigung, die Bewässerung und für die Herstellung von Sole verwendet. Wir werden nach Minergie-Standard im Obergeschoss bauen. Im Untergeschoss ist das nur mit Mehraufwand möglich. Ich möchte mehr dazu sagen, da die Grünliberalen in den Medien angekündigt haben, dass sie anschliessend etwas dazu sagen werden. Es geht mir darum, dass Sie unsere Überlegungen verstehen. Folgende Minergie-Standards gibt es heute: Minergie (gesetzliches Mindestmass, Komfort und Energieeffizienz), Minergie P (Niedrigstenergiebauweise, geprägt durch dichtere Gebäudehülle), Minergie A (Produktion von Mehr Energie als benötigt). Sie können alles zertifizieren. Sie können auch Zusatzmodule zertifizieren. Hier gibt es das Zusatzmodul "eco". Das steht für Gesundheit und Bauökologie. Dabei werden besonders ökologische Materialien wie zum Beispiel Recycling-Beton verwendet. Es muss auch auf Schadstoffe, die Tageslichtnutzung und die graue Energie geachtet werden. Was heisst das für unser Projekt? Wir möchten nach Minergie-Standard bauen im Obergeschoss. Dort befindet sich der Personalraum und die Büroräume. Im Erdgeschoss ist das schwierig beziehungsweise eher aufwendig. Es ist grundsätzlich möglich, aber es ist vor allem ein Thema der Luftdichtigkeit. Im Erdgeschoss fahren die Fahrzeuge rein und raus und es gibt sehr grosse Tore. Wir haben das abgeschätzt und es würde uns ca. Franken 200'000 zusätzlich kosten. Für mich als Halbprofi bei diesem Thema erscheint es mir nicht plausibel, wieso man einen solchen enormen Aufwand für eine hohe Dichtigkeit betreiben soll, wenn man so grosse Tore hat. Es handelt sich um einen Werkhof, bei dem die Tore mehrmals täglich geöffnet und wieder geschlossen werden. Das Obergeschoss werden wir nach Minergie-Standard bauen. Das heisst nicht, dass wir uns zertifizieren lassen möchten. Unten ist es nicht möglich, deshalb

.....

können wir auch kein Label erhalten. Ein Label erhält man nur für ein ganzes Gebäude. Minergie P ist auch möglich. Das kann man für ca. 25'000 haben. Minergie A scheint möglich, in dem wir auf das Schützenhaus zurückgreifen. Die grosse Dachfläche beim Schützenhaus könnte man für Photovoltaikanlagen benützen. Das würde ca. Franken 250'000 kosten. Das Zusatzmodul eco ist machbar. Die Zusatzkosten werden auf Franken 200'000 geschätzt. Dabei geht es darum, dass viel mehr Holz und Recycling-Beton verwendet wird. Wir möchten nach Minergie-Standard bauen, aber wir möchten uns nicht zertifizieren lassen. Es ist nicht möglich, da nur ganze Gebäude zertifiziert werden. Wir verstehen Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit betrifft nicht nur die ökologische Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit hat drei Dimensionen. Nebst der Ökologie gibt es eine wirtschaftliche und eine sozial / gesellschaftliche Dimension. Wir sind der Meinung, dass wir das mit unserem Vorschlag nicht schlecht getroffen haben. Wir kommen zum Zeitplan. Wir können nur bauen, wenn nicht geschossen wird. Der Schiessbetrieb muss aufrechterhalten werden. Es gibt einen langfristigen Dienstbarkeitsvertrag mit den Schützenvereinen, der genau diese Regelung beinhaltet. Die Gemeinde ist zudem aufgefordert, die Sicherstellung des obligatorischen Schiessens zu gewährleisten. Es war den Schützenvereinen von Anfang an ein grosses Anliegen, dass sie weiterhin schießen können. Das ist etwas, das wir auch respektieren. Wir können deshalb dem Rohbau nur erstellen, wenn nicht geschossen wird und das ist zwischen November bis März der Fall. Wenn das Projekt den heutigen Abend und auch die Abstimmung übersteht, heisst das nicht, dass wir im November 2022 mit dem Bau beginnen können. Es gibt viel zu tun. Wir müssen die Architektur ausschreiben (Submissionsverfahren), es gibt ein Baubewilligungsverfahren, wir müssen die Unternehmer einladen und die Vergaben machen. Das reicht zeitlich nicht in diesem halben Jahr. Dafür haben wir Zeit von Mitte 2022 bis Mitte 2023, um alles sauber zu planen. Der effektive Baustart wäre im November 2023. Die Inbetriebnahme wird ca. im Frühling 2025 erfolgen. Die Kosten belaufen sich total auf Franken 17.5 Mio. inkl. Reserven und Mehrwertsteuer. Sie sehen, dass der Landanteil mit dem Wert 0 eingesetzt ist. Da das Land bereits der Gemeinde gehört. Der Landkauf vom September gehört in eine andere Tranche. Die Doppelnutzung unter dieser 300 Meter Schiessanlage kostet alleine Franken 5.2 Mio. Vor allem der Aushub schlägt zu Buche, aber auch die Hangsicherung, Stützmauern, etc. schenken ein. Franken 5.2 Mio. sind der Tatsache geschuldet, dass wir eine Doppelnutzung machen möchten. Theoretisch könnte man auch ein anderes Grundstück kaufen. Aber ich habe bereits erwähnt, wieso das nicht geht. Bei einem solchen Kauf käme folgende Modellrechnung zum Zuge. Wir brauchen ca. 10'000 Quadratmeter, bei einem Landpreis gemäss dem Landkauf im September von Fr. 900, ergibt das einen Betrag von Franken 9 Mio., nur für den Landkauf. Der Werkhof mit Franken 17.5 Mio. hat seinen Preis, aber die theoretische Alternative wäre auch nicht günstiger. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass dieses Geschäft nicht nur die heutigen, sondern auch die zukünftigen Bedürfnisse abdeckt. Das Projekt ist durchdacht, komprimiert und optimiert. Wir verhalten uns betreffend Innenverdichtung vorbildlich. Wir können sicherstellen, dass wir auch in den nächsten Jahren auf die Dienstleistungen des Werkhofs zurückgreifen können. Aus diesen Gründen empfiehlt Ihnen der Gemeinderat dem Sachgeschäft zuzustimmen.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank, Guido. Ich eröffne die Diskussion zu diesem Sachgeschäft. Das Wort ist frei.

Lorenz Ilg, Grünliberale Freienbach

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Wie angekündigt, haben wir uns zu diesem Projekt Gedanken gemacht. Ich möchte an erster Stelle für dieses gesamthaft gelungene Projekt danken. Wir begrüssen dieses Projekt. Wir begrüssen es auch, dass der Gemeinderat allgemein sämtliche Heizungen fossilfrei machen möchte. Wir begrüssen diese vielen Investitionen sehr. Das haben wir auch in der Medienmitteilung kundgetan. Wir schätzen diese ökologischen Anstrengungen. Für uns ist der Neubau des

Werkhofs im Roggenacker unbestritten. Es entflechtet den Werkhof, den Feuerwehrstützpunkt und die Gemeinde. Wir nehmen auch die Photovoltaikanlage am Salzsilo, die Heizung mittels Erdwärmepumpe, das Auffangbecken für das Dachwasser (Wischwasser für die Strassenreinigung, Bruchwasser für verschiedene Reinigungszwecke / Bewässerung, Herstellung von Sole) zur Kenntnis. Wir sind hingegen ein wenig enttäuscht, dass wir bei diesem Projekt einmal mehr nur den minimalen Minergie-Standard anstelle von Minergie A verwenden. Der Kanton realisiert die Kantonsschule Ausserschwyz für Franken 100 Mio. im Minergie-A-Standard. Damit wird der kantonale Leitfaden für nachhaltiges Bauen befolgt und umgesetzt. Dies auch als Vorbildfunktion. Es wäre komisch, wenn der Staat vorschreibt, dass es gut wäre, wenn alle Minergie bauen würden, aber wir selber machen es nicht und bauen Ölheizungen. Hier appelliere ich an die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand / der Gemeinde und nicht nur an die des Kantons bei der Kantonsschule. Es kostet rund Franken 425'000. Die Baunebenkosten und Reserven von Franken 1.4 Mio. finden Sie auf der Seite 80 in der Botschaft. Mit Franken 1.4 Mio. Baunebenkosten / Reserven und Franken 425'000 erhoffe ich mir, dass wir das mit diesen geplanten Reserven umsetzen könnten. Bei Franken 17.5 Mio. Gesamtbaukosten sind Franken 425'000 gerade einmal 2.5 %. Unsere Anträge deshalb wie folgt:

1. Betriebsenergie

Die Photovoltaikanlage am Silo deckt in der Planung nur 25 % des Eigenbedarfs der Elektrofahrzeuge des Werkhofs ab. Wir möchten dem Gemeinderat den Auftrag erteilen, zu prüfen, ob der bestehende Schützenstand saniert und mit zusätzlichen Photovoltaikanlagen eingedeckt werden könnte. Damit könnte ein höherer Eigenversorgungsgrad erreicht werden.

2. Graue Energie

Es geht um die Auswirkungen des Aushubs, des Betons, des verwendeten Stahls und des Bauens in Felsen. Wir beantragen die Prüfung des Minergie-eco Labels, um die graue Energie, die beim Bauen mit Aushub, Beton und Stahl entsteht, zu minimieren. Wir werden vom Baugewerbe immer wieder hören, dass es statische Unsicherheiten gibt. Ich habe das bei vielen Bauexperten abgeklärt. Man kann genügend Zuschlagstoffe und Zement beifügen, damit der Zement zumindest die statischen Anforderungen dieses Gebäudes problemlos tragen könnten. Wir bauen kein 127 Meter hohes Viadukt wie bei der Gotthardautobahn am Südportal.

3. CO2-Kompensation

Wir beantragen eine möglichst naturnahe Umgebungsgestaltung und/oder eine Kompensation an einem günstigeren Standard.

Wir möchten diese drei Dinge gerne prüfen. Beim ersten Antrag die Prüfung der Betriebsenergie durch Photovoltaikanlagen beim Schützenstand, beim zweiten Antrag die Prüfung der grauen Energie mit dem eco-Label und drittens die Prüfung der CO2 Kompensation.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit und ich bitte Sie um Ihre Unterstützung. Guido Cavelti hat es gut formuliert. Es handelt sich hierbei um ein Generationenprojekt. Ich wünsche mir für unsere nächsten Generationen, dass wir es nachhaltig machen, damit sie auch noch einen Planeten zum Leben haben. Es gibt keinen Planeten B.

Guido Cavelti, Ressortvorsteher Liegenschaften und Sicherheit

Besten Dank, ich nehme direkt Stellung dazu. Es gibt noch ein kleines Detail. Es sind nicht 25 % des Bedarfs der Elektroautos, sondern 25 % des Gesamtbedarfs. Das ist aber ein Nebenschauplatz. Der Antragssteller rennt mit dem ersten Antrag offene Türen ein. Das ist etwas, dass wir so oder so vorhaben. Der Schützenstand soll erweitert werden inkl. Dachsanierung. Das habe ich bereits in meinen Ausführungen erwähnt. Das ist in der Pipeline. Wir möchten die Planung im

nächsten Jahr in Angriff nehmen. Die Energiekommission hat dieses Dachthema bereits behandelt und hat anfangs / Mitte Jahr Empfehlungen abgegeben. Der erste Antrag freut mich, da ich Unterstützung erhalte. Das ist etwas, das wir sowieso vorhaben. Ich habe kein Problem mit diesem Antrag. Es stellt sich einfach die Frage, ob er notwendig ist. Der zweite Antrag beinhaltet die Prüfung eines Labels. Mit dieser Prüfung habe ich kein Problem. Eine solche Prüfung ist machbar. Mit der eigentlichen Zertifizierung – das habe ich zuvor versucht zu erläutern – könnte es Schwierigkeiten geben. Ich lese aber "wenigstens aber die Verwendung von Recycling-Beton". Ich weiss jetzt nicht, ob hiermit die Prüfung von Recycling-Beton gemeint ist. Ich höre schon meine Fachleute die sagen, dass wir hier wegen der Statik aufpassen müssen. Wenn es aber so verstanden wird, dass es um die ultimative Verwendung von Recycling-Beton geht, ohne dies geprüft zu haben, hätte ich Mühe. Wenn es aber um die Prüfung geht – ich sehe ein Nicken – ist es für mich in Ordnung. Der dritte Antrag ist ein wenig vage und unverbindlich. Ihr sprecht hier von CO2-Kompensation. Ist damit die quantitative oder die qualitative Kompensation gemeint? Mit qualitativ meine ich, ob wir messen sollen wie viel CO2 wir in die Atmosphäre ausstossen und dies eins zu eins kompensiert wird. Sie können Zertifikate von Projekten kaufen, die energieeffiziente Kocher in Burundi fördern. Aber ich weiss nicht, ob das die Lösung ist. Ich würde mich bei einer quantitativen Kompensation wohler fühlen. Bei einem Bau setzen wird natürlich CO2 frei. Man kann die Freifläche dahinter entsprechend gestalten und bei der Biodiversität noch mehr machen. Man kann auch bei anderen Standorten wie zum Beispiel bei der Schulanlage Bäch über Seewasserwärme denken. Wenn ihr es qualitativ versteht, können wir das sehr wohl machen. Falls ihr es quantitativ versteht, weiss ich noch nicht, was ich damit genau anfangen soll.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank Lorenz und Guido für eure Ausführungen. Das Wort zu diesem Sachgeschäft ist weiterhin frei.

Oliver Flühler, SVP

Geschätzter Gemeinderat

Ich habe auch noch eine Frage bezüglich des Bauprojekts und dessen Start. Du hast erwähnt, dass irgendwann im Jahr 2023 mit dem Projekt gestartet wird. Wir haben dadurch in der Finanzplanung auch eine Verschiebung dieser Ausgabe. Wie schätzt ihr das nach dem heutigen Stand der Dinge ein, wenn wir eine solche grobe Einschätzung wie heute mit einem Budget von Franken 9.3 Mio. für das Jahr 2022 und weitere Franken 9 Mio. für das Jahr 2023 machen? Ich nehme an, dass es nicht so ablaufen wird. Habt ihr hier eine neue Einschätzung?

Guido Cavelti, Ressortvorsteher Liegenschaften und Sicherheit

Der Ablauf, den ich erwähnt habe, stimmt. Es ist noch nicht möglich im Jahr 2022 so viel Geld auszugeben, wie es der Säckelmeister gesagt hat. Das hat mit den Fristen für die Eingabe zu tun.

Oliver Flühler, SVP

Könnte der Säckelmeister auch noch eine Abschätzung dazu machen, wie es sich neu aufzeigen wird?

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Ich gehe davon aus, dass beides ein Jahr nach hinten verschoben wird. Das ist die nahe liegende Vermutung. Wie kommt es dazu: Die Budgeteingaben müssen wir zu einem Zeitpunkt machen, an dem wir die Geschäfte noch nicht so tief vorbereitet haben wie es heute Abend der Fall ist. Das sagt auch der Säckelmeister. Wir haben selbstverständlich Verschiebungen. Das führt auch dazu, dass wir manchmal sagen, dass wir in diesem Jahr ein bisschen mehr Geld brauchen und Nachkredite beantragen. Ich bin deiner Auffassung und bin der Meinung, dass es um ein Jahr

.....

verschoben wird. Planungskosten werden wir natürlich im Jahr 2022 haben. Weitere Wortmeldungen?

Marcel Föllmi, die Mitte

Geschätzte Dame, geschätzter Präsident, geschätzte Herren

Für die Mitte darf ich auch noch ein paar Worte an dieses Generationenprojekt verlieren. Ursprünglich war meine erste Reaktion: Das ist ein 1. Aprilscherz, unter dem Kugelhagel des Schiessstandes einen Werkhof zu bauen. Je länger ich das angeschaut habe und es mir auch erklärt wurde, je mehr bin ich der Auffassung, dass hier viel überlegt wurde. Es ist ein ausgereiftes und durchdachtes Projekt. Hier leisten wir dem Raumplanungsgesetz folge, in dem wir nach innen verdichten. Erlauben Sie mir 2-3 Kommentare / Bemerkungen zu den Anträgen / Ausführungen von Lorenz Ilg: Minergie - wie es Guido Cavelti ausgeführt hat - kann man das bei den Büroräumen erreichen. Minergie ist primär ein Standard, der den Energieverbrauch regelt. Es soll möglichst wenig verbraucht werden. Das erreicht man primär durch Dämmung. Bei einem Lagerumfeld, bei dem sie Fahrzeuge rein- und rausstellen, haben sie keine beheizten Flächen. Diese Tore müssen offen sein. Es hat dort tiefe Temperaturen. Eine Zertifizierung, die Luftdichtheit erfordert wie bei Minergie, geht in meinen Augen einfach nicht. Durch ein weiteres Prüfen werden primär Berater beschäftigt. Man verteuert dadurch ein bereits sehr teures Projekt noch mehr. Dieses Projekt sollte unverändert an die Urne überwiesen werden. Es kann sich jeder selbst überlegen, ob er nochmals dieses Minergie-eco anschauen /überprüfen möchte und diesen Aufwand zusätzlich bezahlen würde, wenn man es selber bezahlen müsste. Man weiss anschliessend, dass es eben nicht geht, da es nicht zertifiziert werden kann. Man kann nur ganze Gebäude zertifizieren. Aus dieser Sicht sind diese Anträge gesamthaft zurückzuweisen. Ein Aspekt, der zu wenig hervorgehoben wurde, ist die Verwendung des Dachwassers. Minergie ist nur ein Teil. Es geht dabei nur darum, Energie zu sparen. In diesem Fall machen wir mit der Dachwassernutzung etwas sehr Fortschrittliches. Vom ökologischen Standpunkt aus gehen wir weit über die Standard- / Minimalvorgaben des Kantons hinaus. Mit einer 1'000 Kubik grossen unterirdischen Retention wird der Bruchwasserbedarf der betrieblichen Nutzung des Gebäudes sichergestellt. Der Vorwurf, dass nur das Minimum gemacht wird, ist unhaltbar. Wir gehen einen massiven Schritt weiter. Vor allem gehen wir dort einen Schritt weiter, wo es auch tatsächlich Sinn macht. Auf ein altes Dach sollte man keine neue Photovoltaikanlage machen. Heute sprechen wir über den Werkhof und nicht über das Schützenhaus. Das soll auch gemacht werden und erst dann wird dieses Dach neugestaltet. Es sollte niemals eine Photovoltaikanlage auf ein altes Dach installiert werden. Meine Damen und Herren, diese Anträge sind nett gemeint. Es ist Parteigeplänkel. Lehnen Sie diese Anträge ab und weisen Sie das Geschäft unverändert an die Urne. Besten Dank und einen schönen Abend.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank, Marcel Föllmi. Das Wort ist weiterhin frei.

Lorenz Ilg, Grünliberale Freienbach

Meine Damen und Herren

Ich muss natürlich reagieren. Pures Parteigeplänkel. Liebe Mitte, lieber Marcel Föllmi, ihr habt gut zugehört. Ich habe bezüglich der Büro- und Personalräume gefragt, wieso dort nicht nach Minergie-A, sondern nur nach Minergie-Standard gebaut wird. Das ist der erste Punkt. Das ist kein Parteigeplänkel. Ich habe es ausdrücklich gesagt, dass es nur um die Personal- und Büroräume geht. Es ist mir klar, dass es dort nicht möglich ist, wo Fahrzeuge rein- und rausfahren. Zweitens habe ich nicht gesagt, dass auf ein altes Dach eine Photovoltaikanlage gebaut werden soll. Ich habe gesagt, es soll geprüft werden, ob das Dach des Schützenhauses saniert werden könnte und anschliessend eine Photovoltaikanlage installiert wird. Ich gehe mit Ihnen einig, dass auf ein

.....

altes Dach keine Photovoltaikanlage gehört. Drittens möchte ich noch sagen, dass es zur CO₂-Kompensation noch weiterer Erläuterung braucht. CO₂ kann man tatsächlich kompensieren, in dem man Kocher für die Verwendung von Kuhdung in Burundi einkauft. Das ist möglich, gibt es auch günstig. Auch wenn man einen Flug mit der Swissair kompensieren möchte, kann man ein solches Zertifikat kaufen. Das ist nicht die Idee dahinter. Wir sind eine schöne Gemeinde und man könnte zum Beispiel auch mit Renaturierungen im Frauenwinkel das CO₂ kompensieren. Man kann auch die Fernwärme Ausserschwyz für künftige Projekte verwenden. Für künftige Generationen macht es Sinn, wenn wir es nachhaltig machen. Es bringt nichts, wenn wir heute ein Gebäude erstellen, bei dem wir diesen Vorteil für zusätzliche Franken 425'000 nicht auch gleich miteinbeziehen. Ich möchte Sie bitten, die Anträge zu unterstützen. Kein Parteigeplänkel.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Danke Lorenz Ilg. Das Wort ist weiterhin frei.

Max Knecht

Guten Abend miteinander

Mein Name ist Max Knecht von Pfäffikon. Ich habe eine Frage betreffend Ökologie an den Gemeinderat. In den Abstimmungsunterlagen wird gesagt, dass die Wärmeerzeugung für diese Gebäudeheizung mit einer Erdsonde betrieben werden soll. Das wurde vorhin auch erwähnt. Ich weiss einfach, dass in Galgenen für Franken 50 Mio. ein Holzschnitzelblockheizkraftwerk gebaut wird. Ich weiss auch, dass das Mehrzweckgebäude Riedmatt in Wollerau zukünftig dort Fernwärme beziehen wird. Dort wurden Untersuchungen in ökonomischer und ökologischer Art durchgeführt. Dabei ist man in Wollerau zu dem Entschluss gekommen, dass man die Fernwärme von diesem Holzschnitzelblockheizkraftwerk beziehen möchte. Das Mehrzweckgebäude hat ein Bauvolumen von Franken 33 Mio. und wir haben beim Werkhof ein Bauvolumen von Franken 17.5 Mio. Meine Frage an den Gemeinderat ist nun wie folgt: Wurde diese Alternative für den Wärmebezug beim Holzschnitzelkraftwerk geprüft?

Guido Cavelti, Ressortvorsteher Liegenschaften und Sicherheit

Besten Dank für den Hinweis. Wir verfolgen das Thema Fernwärme Ausserschwyz intensiv. Wir haben für alle Objekte geschaut, wo ein potentieller Anschluss überhaupt möglich ist. Das betrifft vor allem die Schulhäuser, da wir dort einen gewissen Wärmebedarf haben und das nötige Volumen auch vorhanden ist. Das ist das eine Kriterium. Es braucht einen Abnehmer, bei dem es sich ökonomisch gesehen lohnt. Es muss sich zudem auch für die Fernwärme Ausserschwyz lohnen. Im Gebiet Roggenacker mit dem Schiesstand befinden sich keine intensiv genutzten Gebäude mit einem hohen Wärmebedarf. Dabei stellt sich auch die Frage, ob die Energie Ausserschwyz dieses Gebiet erschliessen wird. Das habe ich nicht präsent. Wir haben das auf dem Radar und es wurde auch für den Roggenacker geprüft. Es macht aber keinen Sinn. Wir werden das aber bei anderen Projekten bei Schulhaussanierungen prüfen. Dort wird die Fernwärme Ausserschwyz bestimmt ein Thema sein.

Max Knecht

Besten Dank für die Antwort.

Daniel Landolt, Gemeindepräsident

Besten Dank, Herr Knecht. Das Wort ist weiterhin frei. Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Wir haben 3 Anträge der Grünliberalen und werden über jeden Antrag einzeln abstimmen. Alle Anträge sind zulässig und wir stimmen über jeden Antrag separat ab.

Wir kommen zum ersten Antrag. Er betrifft die Betriebsenergie und lautet wie folgt:
Es ist zu prüfen, ob der bestehende Schützenstand saniert und mit zusätzlicher Photovoltaik eingedeckt werden kann, um einen höheren Eigenversorgungsgrad zu erreichen.

Wir stimmen ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, bezeuge dies durch Handerheben. Gegenmehr? Ich möchte das erste Mehr nochmals sehen. Gegenmehr? Ich erachte das Gegenmehr als grösser. Stimmenzähler seid ihr einverstanden? Nicht eindeutig!
Wir zählen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, soll jetzt die Hand heben. Sektor A: 3, Sektor B: 12, Sektor C: 7, Sektor D: 9. Das ergibt Total 31. Wer den Antrag ablehnen möchte, soll jetzt die Hand heben. Sektor A: 22, Sektor B: 12, Sektor C: 13, Sektor D: 4. Das ergibt Total 51. Sie haben den Antrag mit 51 zu 31 Stimmen abgelehnt.

Wir kommen zum zweiten Antrag. Er betrifft die graue Energie und lautet wie folgt:
Wir beantragen die Prüfung eines Minergie Eco Labels, um die graue Energie, welche beim Bauen mit Aushub, Beton und Stahl entsteht, zu minimieren, wenigstens aber die Verwendung von Recyclingbeton.

Wir stimmen ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, bezeuge dies durch Handerheben. Gegenmehr? Das zweite Mehr ist klar grösser. Stimmenzähler seid ihr einverstanden? Sie haben den Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum dritten Antrag. Er betrifft die CO₂-Kompensation des Projektes und lautet wie folgt:
Wir beantragen eine möglichst naturnahe Umgebungsgestaltung und/oder die Kompensation an einem anderen, günstigeren Standort.

Wir stimmen ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, bezeuge dies durch Handerheben. Gegenmehr? Ich erachte das zweite Mehr als klar grösser. Stimmenzähler seid ihr einverstanden? Sie haben diesen Antrag abgelehnt.

Wir sind nun am Ende der Gemeindeversammlung.

Ich danke allen, die zum Gelingen des heutigen Abends beigetragen haben:
- Verwaltung / Sachbearbeiter / Sachbearbeiterin, dem Werkhof und dem Abwarte-Team
- Meinen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und der Rechnungsprüfungskommission

Ihnen, sehr geschätzte Damen und Herren, danke ich für Ihr Interesse, Ihre Diskussionsbeiträge und für die Teilnahme an der heutigen Gemeindeversammlung.

Aufgrund der aktuellen Situation findet heute im Anschluss an die Gemeindeversammlung kein Apéro statt.
Ich bitte Sie, die Turnhalle gestaffelt zu verlassen. Zuerst verlässt der Sektor D den Saal, danach die Sektoren C, B und A. Unsere Helferinnen und Helfer weisen Ihnen den Weg. Bitte verzichten Sie auf Menschenansammlungen vor dem Gebäude, sodass die Ausgänge frei bleiben.

Wir bitten Sie, sich unverzüglich mit dem Präsidialsekretariat der Gemeindeverwaltung in Verbindung zu setzen, falls Sie in den nächsten Tagen positiv auf Covid-19 getestet werden.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit und dann einen guten Rutsch ins 2022. Bleiben Sie gesund!

Die Gemeindeversammlung ist hiermit geschlossen.

Der Protokollführer:

Albert Steinegger
Gemeindeschreiber

Vom Gemeinderat genehmigt an der Sitzung vom 13. Januar 2022 / GRB Nr. 1

Gemeinderat Freienbach

Daniel Landolt
Gemeindepräsident

Albert Steinegger
Gemeindeschreiber